



Wortprotokoll

Der 3. Sitzung vom 22. Februar 1984

Resoconto integrale

della seduta n. 3 del 22 febbraio 1984

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 3. SITZUNG
22.2.1984

INDICE

INHALTSANGABE

Nomina dei membri della commissione interregionale Tirolo-Alto Adigepag. 4

Elezione del Presidente della Giunta provincialepag. 11

Interrogazioni e interpellanze.pag. 13

Nomina di un consigliere provinciale quale membro del consiglio di amministrazione del centro di sperimentazione Laimburgpag. 18

Nomina di un consigliere provinciale della minoranza politica quale membro del collegio dei revisori dei conti del centro di sperimentazione Laimburgpag. 19

Nomina di un consigliere provinciale appartenente al gruppo linguistico ladino quale presidente della consulta provinciale per l'educazione permanentepag. 20

Deliberazione della Giunta provinciale n.4 del 9.1.1984: Corte Costituzionale - Impugnazione della legge 19.12.1983, n.696, recante "Norme concernenti l'agevolazione della produzione industriale delle piccole e medie imprese e l'amministrazione straordinaria delle grandi imprese in crisi.pag. 24

Bestellung der Mitglieder der interregionalen Landtagskommission Tirol-Südtirol Seite 4

Wahl des Landeshauptmannes. Seite 11

Anfragen und Interpellationen Seite 13

Ernennung eines Landtagsabgeordneten als Mitglied des Verwaltungsrates des Versuchszentrums Laimburg Seite 18

Ernennung eines Landtagsabgeordneten, welcher der politischen Minderheit angehört, als Mitglied des Rechnungsprüferkollegiums des Versuchszentrums Laimburg Seite 19

Ernennung eines Landtagsabgeordneten, welcher der ladinischen Sprachgruppe angehört, als Vorsitzenden des Landesbeirates für Weiterbildung. Seite 20

Beschluß des Landesausschusses Nr. 4 vom 9.1.1984: Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Gesetzes Nr. 696 vom 19.12.1983, beinhaltend "Bestimmungen zur Förderung der Industrieproduktion der Klein- und Mittelbetriebe und über die außerordentliche Verwaltung von großen Krisenbetrieben Seite 24

Deliberazione della Giunta provinciale n.81
del 16.1.1984: Impugnazione della legge
19.12.1983, n.696 - Integrazione della de-
liberazione n.4 del 9.1.1984. . . .pag. 24

Deliberazione della Giunta provinciale n.174
del 16.1.1984:Corte Costituzionale - Impu-
gnazione degli artt. 25, secondo e terzo
comma, 27, primo e ultimo comma, e 29 del-
la legge 27.12.1983,n.730, recante "Dispo-
sizioni per la formazione del bilancio an-
nuale e pluriennale dello Stato (legge fi-
nanziaria 1984)pag. 30

Beschluß der Landesausschusses Nr. 81 vom
16.1.1984: Verfassungsgerichtshof - An-
fechtung des Gesetzes Nr.696 vom 19. De-
zember 1983 - Ergänzung des Beschlusses
Nr.4 vom 9. Jänner 1984 Seite 24

Beschluß des Landesäusschusses Nr. 174 vom
16.1.1984: Verfassungsgerichtshof - An-
fechtung der Artikel 25, zweiter und drit-
ter Absatz, 27, erster und letzter Absatz
und 29 des Gesetzes Nr.730 vom 27.12.1983
beinhaltend "Bestimmungen zur Erstellung
des einjährigen und mehrjährigen Staats-
haushaltes (Finanzgesetz 1984). . . Seite 30

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ERICH ACHMÜLLER

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

ORE 9.35 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll -
legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Sind Bemerkungen zum Protokoll? Keine. Das Protokoll gilt als genehmigt.

Es sind einige Mitteilungen zu machen: Die Abgeordneten Dr.Ferretti, Dr.Rubner und Dr.Zelger haben einen Gesetzentwurf eingebracht: Nr.2/84 betreffend "Änderungen und Ergänzungen zum Art.35 des Landesgesetzes vom 12. Dezember 1983, Nr. 50".

Weiters wurden zwei Beschlüßanträge eingebracht: Nr.2/84 (D'Ambrosio, Barbiero) betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission im Sinne des Art. 16 der Geschäftsordnung über die Genossenschaften "Gemeinschaft Mariaheim/Neustift", "Kuratorium Schloß Prösels" und "Heinrich von Stuck"; Nr.3/84 (D'Ambrosio, Barbiero), betreffend die Festlegung des Mietzinses für die Wohnungen des Instituts für geförderten Wohnbau sowie Zuweisung von Institutswohnungen.

Es wurden auch 16 Anfragen und Interpellationen eingebracht: Nr.4/84 (Mitolo, Montali) betreffend das Areal des früheren Regionalkrankenhauses von Bozen; Nr.5/84 (D'Ambrosio, Barbiero) betreffend die Alluminio Italia - Bozen; Nr.6/84 (Boesso) betreffend die Vergabe von verschiedenen Arbeiten; Nr.7/84 (Boesso) betreffend die Gesellschaft Alumetal; Nr.8/84 (Boesso) betreffend Umbau des Kindergartens von Gossensaß; Nr.9/84 (D'Ambrosio, Barbiero) betreffend die gemeindeeigenen Wohnungen; Nr.10/84 (D'Ambrosio, Barbiero) betreffend das Lancia-Iveco-Werk in Bozen; Nr.11/84 (D'Ambrosio, Barbiero) betreffend die Erhaltung einer Almhütte oberhalb Tramins; Nr.12/84 (Langer, Emeri) betreffend die Sanitätseinheit Ost; Nr.13/84 (Langer, Emeri) betreffend die psychisch Kranken; Nr.14/84 (Langer, Emeri) betreffend das Vertragsmuster für Vereinbarungen der Sanitätseinheit mit privaten Einrichtungen; Nr.15/84 (Langer, Emeri) betreffend den Gesundheitszustand der Südtiroler Wälder; Nr.16/84 (Langer, Emeri) betreffend die Frauenabteilung im Bozner Gefängnis; Nr.17/84 (Langer, Emeri) betreffend die Vereinigungen, die soziale Dienste leisten; Nr.18/84 (Langer, Emeri) betreffend die Therapiezentren für Drogenabhängige; Nr.19/84 (Klotz) betreffend die Mwst.-Jahreserklärungen.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Boesso, Montali, Benedikter, D'Ambrosio und Barbiero-De Chirico.

Wir gehen über zur Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung: "Bestellung der Mitglieder der Interregionalen Landtagskommission Tirol-Südtirol".

Punto 1) all'ordine del giorno: "Nomina dei membri della Commissione interregionale Tirolo-Alto Adige".

Leider ist es nicht gelungen, im Rahmen des Fraktionsprecherkollegiums eine einvernehmliche Lösung zu finden, sowohl hinsichtlich der Größe dieses Gremiums als auch hinsichtlich der Mitglieder, die dafür vorgeschlagen werden sollen.

Ich rufe deshalb in Erinnerung, daß diese Interregionale Kommission bisher aus insgesamt 10 Abgeordneten bestanden hat, davon 6 Angehörige des Landtages, einer davon der Präsident und 4 Mitglieder der Landesregierung. Bisher haben diesem Gremium seitens des Landtages die Abg.en Dubis, Kaserer, Ferretti, D'Ambrosio, Erschbaumer und der Landtagspräsident angehört.

Ich bitte um Vorschläge. Abg. Frasnelli hat das Wort.

FRASNELLI (SVP): Namens der Südtiroler Volkspartei erlaube ich mir, die Position hinsichtlich der Anzahl der Mitglieder der interregionalen Kommission zum Ausdruck zu bringen. Wir sind der Meinung, daß dies bereits ein stattliches Gremium ist, das imstande sein dürfte, alle Obliegenheiten zu erfüllen.

Aus diesem Grunde ist die Südtiroler Volkspartei der Meinung, es bei 10 Mitgliedern auf Südtiroler Seite zu belassen.

Des weiteren erlaube ich mir, namens meiner Fraktion die Abgeordneten Kaserer und Zingerle für diese interregionale Kommission vorzuschlagen.

BALZARINI (DC): A nome della Democrazia Cristiana propongo il collega Remo Ferretti e dato che ho la parola chiedo se non sia il caso di mantenere la Commissione con il numero di membri precedentemente fissato, proponendo anche, visto che i colleghi del PCI sono assenti, il consigliere D'Ambrosio.

LANGER (AS): Die Kommission, die es jetzt zu bestellen gilt, ist die Kommission, die die gemeinsamen Landtagssitzungen des Landtages des österreichischen Bundeslandes Tirol und des Südtiroler Landtages vorbereitet. Ich möchte dazu verschiedene Dinge sagen, die uns alle wichtig sind.

Ein erstes Problem betrifft die Bezeichnung dieser gemeinsamen Sitzungen. Ich habe das schon 1979 in Innsbruck bei der ersten gemeinsamen Sitzung, an der ich teilgenommen habe, aufgeworfen und möchte es hier noch einmal aufwerfen, nachdem es in der Fraktionssprechersitzung nur so beiläufig behandelt worden ist.

Wir haben schon damals gegen die Bezeichnung "gemeinsame Landtags-sitzungen Tirol-Südtirol" verwehrt, weil es uns zumindest bei gemeinsamen Anlässen nicht vertretbar scheint, daß der Landtag von Nord- und Osttirol, als solchen müßte man ihn bezeichnen, insgesamt den Namen Tirol unter den Nagel reißt und wir unter "ferner liefen" dann anwesend sind. Deswegen würde ich vorschlagen, daß man entweder die amtliche Bezeichnung wählt "gemeinsame Sitzungen der Landtage des Landes Tirol und des Autonomen Landes Südtirol-Provinz Bozen" oder irgend etwas Ähnliches, oder daß man sagt "des österreichischen Bundeslandes Tirol und der Autonomen Provinz Südtirol". Aber daß man jedenfalls die Bezeichnung entsprechend darauf einrichtet, so daß sie die Realität auch wiedergibt.

PRÄSIDENT: Einen Zwischenruf möchte ich mir erlauben. In Innsbruck hat der Landeshauptmann Wallnöfer den Ausdruck gebraucht für Tirol im Sinne des österreichischen Tirol, das verbliebene Tirol.

LANGER (AS): Es läßt sich darüber diskutieren, wer verblieben ist. Jedenfalls, mir scheint das gerade in einem Jahr, wo so viel Gemeinsamkeit beschworen wird und obwohl diese Bemerkung von unserer Seite gekommen ist und 1979 in Innsbruck mit der Bemerkung abgeschmettert wurde, daß die Verfassung der Republik Österreich von Tirol spricht und damit nur den österreichischen Teil Tirols meint, dagegen haben wir nichts einzuwenden. Österreich ist frei, sich die Verfassung zu geben, die es natürlich glaubt. Aber wir glauben, daß wenn ein Ding bezeichnet werden soll, das uns gemeinsam umfaßt, man auch in der Namensgebung der gemeinsamen Veranstaltung auf die Realität, auf die historische und kulturelle Realität Rücksicht nehmen sollte.

Ich bitte den Präsidenten, in Hinkunft darauf zu wirken, daß bei der Bezeichnung der Einberufung der Sitzung diesem Umstand möglichst Rechnung getragen wird.

Zweitens. Was hat diese Kommission zu tun und weswegen haben wir Interesse, in dieser Kommission vertreten zu sein? Diese Kommission hat im wesentlichen, also diese interregionale Kommission, von der wir jetzt sprechen, die Aufgabe, die gemeinsamen Sitzungen der beiden Landtage vorzubereiten, d.h. die Tagesordnung festzusetzen. Nun ist gerade bei solchen Sitzungen, die nur einmal im Jahr stattfinden, die im großen und ganzen Feiercharakter haben, wo eine echte Diskussion kaum vorkommt, ich glaube, die einzige kontroverse Diskussion wurde seinerzeit durch die Neue Linke in diesen gemeinsamen Landtag hineingetragen, umso wichtiger ist es bei einer solchen Charakterisierung der Sitzung, daß die Tagesordnung der Sitzung entsprechend vorbereitet wird. Ich weiß aus eigener Er-

fahrung, daß ich zwei Mal versucht habe, Anträge auf die Tagesordnung dieser Sitzung zu bringen und daß es jedes Mal dem vorbereitenden Gremium gelungen ist, diese Anträge von der Behandlung auszuschließen. D.h. daß traditionell die gemeinsamen Sitzungen der beiden Landtage vor allem Ratifikationscharakter haben. Im großen und ganzen werden möglichst wenig brenzlige Anliegen, zu denen mehr oder weniger Konsens besteht, vor allem zwischen den beiden Landesregierungen, wenn wir es offen sagen wollen, dort zur Diskussion gebracht, meistens geht es um Verbesserung irgendwelcher Kommunikationen, sei es Verkehrsstrecken, sei es Rundfunk, Bahn, Telefon, irgend etwas. Es geht sowieso um relativ unverbindliche Empfehlungen und umso wichtiger erscheint uns also, daß die Vorbereitung dieser gemeinsamen Sitzungen nicht von vorneherein schon dermaßen in Watte gehüllt wird, daß die Sitzungen selber dann praktisch nur mehr eben zu einem Ort der Zelebration und sozusagen zum Vorspiel zum gemeinsamen Mittagessen werden.

Aus diesem Grund sind wir der Meinung, daß die vorbereitende Kommission zumindest in ehrlicher Weise die tatsächlichen Kräfteverhältnisse im Landtag widerspiegeln sollte. Nun sind es, und ich bitte Sie, darauf zu achten, 10 Mitglieder, die aus Südtirol in diese Kommission entsandt werden, schon nach derzeit geltender Regelung. Von diesen 10 Mitgliedern sind nach bisheriger Regelung 8 von der Mehrheit gekommen und zwei von der Minderheit. Wer sind die acht Mitglieder der Mehrheit? Da ist erstens der Landtagspräsident, dann sind zwei weitere vom Landtag benannte Mitglieder...

PRÄSIDENT: Abg. Langer, entschuldigen Sie, es muß nicht unbedingt sein, daß der Landtagspräsident der Mehrheit angehört. Es war auch nicht immer der Fall.

LANGER (AS): Es muß nicht immer so sein, aber nach dem Stil, der sich in diesem Hause zunehmend durchsetzt, besteht die begründete Befürchtung, daß es auch weiterhin so sein wird. Und ich spreche jetzt von einer De-facto-Situation, wo der Landtagspräsident und drei vom Landtag zu wählende Mitglieder plus die weiteren vier Mitglieder der Landesregierung, macht insgesamt acht Mehrheitsvertreter, denen gegenüber nur zwei Minderheitsvertreter stehen. Nun sind zwar die Mehr- und Minderheitsverhältnisse in diesem Hause erstens sowieso erdrückend und zweitens für diese Legislaturperiode noch nicht festgelegt, aber jedenfalls glaube ich, kann man nicht behaupten, daß die politische Mehrheit in diesem Hause 80% beträgt. Sie wird vielleicht 75% betragen, sie wird vielleicht 70,4% betragen, aber man kann nicht sagen, daß die Mehrheit eine 80prozentige Mehrheit ist. Wieso wollen sie dann in ein Gremium, das sich aus 10 Leuten zusammensetzt, eine 80prozentige Mehrheit durchsetzen, indem sie acht Mehrheitsvertreter und zwei Minderheitsvertreter entsenden. Da kann nur der Wille zur politischen Überspielung der Minderheiten maßgebend sein. Da kann nur der Wille maßgebend sein, Minderheiten dann durch

Handhaufheben an die Wand zu drängen. Wir haben in der Fraktionssprecher-sitzung einen Kompromißvorschlag gemacht, der immer noch der Mehrheit entgegenkam, nämlich eine Kommission von insgesamt 11 Mitgliedern zu benennen, von denen der Landtag außer dem Präsidenten sechs benennen könnte, und vier die Landesregierung, und in diesem Fall zumindest, wenn man die Anzahl auf 11 erhöht, würde selbst der durchschnittliche SVP-Abgeordnete oder DC-Abgeordnete dieses Hauses vielleicht einsehen, daß drei Minderheitsvertreter gerechtfertigt sind.

Wir beantragen also erstens, daß in jedem Fall in diese interregionale Kommission drei Minderheitenvertreter entsandt werden.

Zweitens beantragen wir, daß gegebenenfalls, wenn die Mehrheit dazu nicht bereit ist, unter den jetzigen Umständen die Anzahl der Kommissionsmitglieder auf 11 erhöht wird.

Drittens melden wir unser eigenes Interesse an, und zwar in dem Fall würde das mich persönlich betreffen, als Fraktion in dieser Kommission vertreten zu sein. Ich weise darauf hin, daß wir unter anderem nicht in der Geschäftsordnungskommission vertreten sind und daß wir auch bei der Benennung der übrigen Gesetzgebungskommissionen es akzeptiert haben, den Wünschen anderer Platz zu machen und deswegen glauben, einen gewissen Anspruch zu haben, in der interregionalen Kommission zur Vorbereitung des gemeinsamen Landtages vertreten zu sein. Der politische Grund, warum wir glauben, daß es wichtig ist, daß dieses Gremium nicht ein reines Ja-Sager-Gremium wird, den habe ich, glaube ich, einleitend schon genügend erläutert.

KLOTZ (WDH): Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich möchte nur ganz kurz mein Interesse bekunden, in dieser Kommission vertreten zu sein. Was die Namensgebung betrifft, so möchte ich eine ganz einfache und schlichte Lösung vorschlagen, daß man sie einfach Kontaktkomitee Nord-Südtirol benennt, ohne lange zu erklären, ob es nun ein Tirol gibt, das sich nur auf Nordtirol beschränkt, ob das wirklich der einzig verbliebene Teil ist.

Wie gesagt, dringend und vordergründig mein Interesse, in dieser Kommission vertreten zu sein.

MERANER (PDU): Der Name ist für mich eigentlich nicht sehr maßgebend, maßgebend ist für mich mehr, wie die Kommission zusammengesetzt ist und was sie tut. Auch ich möchte mein Interesse als Mitglied dieser Kommission bekunden und die Mehrheit ersuchen, daß sie dem Vorschlag stattgeben möchte, daß wenigstens drei Mitglieder der politischen Minderheit dieses Hauses in dieser Kommission vertreten sind, ganz gleich, ob nun die Kommission deswegen auf 11 Mitglieder erhöht würde oder nicht.

Wir wissen, daß von seiten Nordtirols keinerlei Schwierigkeiten oder auch nur Einwendungen dagegen gemacht würden, wenn wir von unserer Seite aus beschließen sollten, die Mitglieder dieser Kommission zu erhöhen. Das ist inzwischen abgeklärt worden.

Es hängt also nur von unserem guten Willen ab und ich kann nicht verstehen, es sind mir keine einsichtigen Gründe bis jetzt bekannt geworden, warum vielleicht der eine und andere Kollege der Mehrheit Einwendungen dagegen zu machen hätte, daß auch die Vertreter der politischen Minderheit in dieser Kommission vertreten sind. Es wäre ein Gut-Will-Akt, diesem Antrag, ich möchte es nicht als Forderung bezeichnen, der politischen Minderheit zuzustimmen.

PRÄSIDENT: Meldet sich noch jemand zu Wort? Niemand. Dann bleibt uns nichts anderes übrig als abzustimmen.

Es sind hier folgende Vorschläge gemacht worden, wenn ich vielleicht vom weitestgehenden ausgehen darf, den der Abg. Langer vorgebracht hat, und zwar eine Erhöhung der Anzahl von 10 auf 11 vorzunehmen und dann zur Frage der Präsenz der politischen Minderheit, wo vorgeschlagen worden ist, daß die von zwei auf drei erhöht werden soll. Wobei sicher festzustellen ist, daß es hinsichtlich der Vertretung der politischen Minderheit natürlich nicht den Proporz gibt, der vorgesehen ist, aber das kann natürlich jederzeit verlangt werden und es kann darüber abgestimmt werden und das werden wir auch tun.

Also, hinsichtlich der nominellen Vorschläge sind bis jetzt folgende gemacht worden: Kaserer, Zingerle, Ferretti, D'Ambrosio, Klotz.

Das Wort hat Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Ich habe vorhin einen falschen Zettel in die Hand bekommen. Die Vorschläge für die interregionale Kommission seitens der Südtiroler Volkspartei sind Ladurner-Parthanes und meine Wenigkeit, ich möchte bitten, dies zu entschuldigen, und nicht Zingerle und Kaserer.

PRÄSIDENT: Um noch einmal auf die Vorschläge zurückzukommen: Ladurner-Parthanes, Frasnelli, Ferretti, D'Ambrosio, Klotz, Meraner und Langer.

Wir stimmen jetzt über den Antrag des Abg. Langer ab, die Kommissionsmitglieder von 10 auf 11 zu erhöhen, wobei sicherlich mit im Vorschlag drinnen ist, daß die Vertretung des Landtags von 6 auf 7 ginge, in diesem Fall.

Das Wort hat Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Darf ich von der Tatsache ausgehen, daß der Antrag des Kollegen Langer deshalb abgestimmt wird, weil er weitergehend ist als der meine, denn ich habe ursprünglich schon einen Antrag gemacht.

PRÄSIDENT: Weil er weitergehend ist, klar.

Bitte, Abg. Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Già in sede di conferenza di capigruppo ho dichiarato che noi non abbiamo alcun interesse per questa commissione e quindi ci lascia perfettamente indifferenti che ci siano 10, 11 o 12 membri. Pe-

ró non possiamo fare a meno di rilevare che indipendentemente dal fatto in sé, la rappresentanza politica del gruppo ladino, su cui si può discutere fin che si vuole, é aumentata in questo Consiglio provinciale, sia pure con un artificio, ma comunque é aumentata. Riteniamo quindi logico che in questa commissione ci sia anche un rappresentante del gruppo ladino. Quindi, a rettifica della posizione precedentemente da me tenuta, credo che si possa accettare la proposta di aumentare da 10 a 11 i membri della commissione, in modo da dare la possibilitá anche ad un rappresentante del gruppo etnico ladino di partecipare a questa commissione.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zum Antrag des Abg. Langer zu Wort? Niemand, dann stimmen wir ab: mit 6 Ja-Stimmen und den restlichen Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur nächsten Frage, und zwar: Wieviele Vertreter soll die politische Minderheit erhalten? Der Antrag von Langer ist, diese Vertretung von 2 auf 3 zu erhöhen. Wir stimmen ab: mit 4 Ja-Stimmen und den restlichen Nein-Stimmen ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Namen und ich möchte hier folgenden Vorschlag machen. Ich würde vorschlagen, daß wir davon ausgehen, daß der Landtagspräsident automatisch drinnen ist, dann wären noch fünf zu wählen, wovon der Vorschlag der wäre, drei der Mehrheit und 2 der Minderheit vorzubehalten. Der Klarheit halber könnten wir die beiden Abstimmungen trennen, d.h. daß zunächst die Vertreter der Mehrheit gewählt werden und es sind diejenigen drei Abgeordneten gewählt, die am meisten Stimmen erhalten; und dann die zwei Vertreter der Minderheit, und dort sind ebenfalls die zwei gewählt, die am meisten Stimmen erhalten. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Widerspruch? Abg. Sfondrini.

SFONDRINI (PSI): Non so perché il signor Presidente faccia questa proposta. Qui, ancora, non é stata fatta né una maggioranza, né una minoranza. In questo momento, in questo Consiglio, c'è una maggioranza presunta ed una minoranza presunta, ma non esiste una maggioranza ed una minoranza ben definita. Quindi, credo che si debbano votare i cinque nomi.

PRÄSIDENT: Die Frage, ob Mehrheit oder Minderheit, glaube ich, müßte jeder Abgeordnete für sich beantworten. Aber, ich habe auch nichts dagegen, daß wir das in einem Wahlgang machen und es könnte allerdings sein, daß dann jemand vielleicht auch zu kurz kommt.

Der Abg. Sfondrini schlägt vor, daß wir auf einem Stimmzettel durchwählen. Dann sind die fünf Abgeordneten gewählt, die am meisten Stimmen erhalten.

Vorgeschlagen sind: Ladurner, Frasnelli, Ferretti, D'Ambrosio, Klotz, Meraner und Langer.

Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 26, Ladurner 23, Frasnelli 23, Klotz 17, Ferretti 18, Meraner 7, Langer 5, D'Ambrosio 13, Sfondrini 1.

Damit sind folgende Abgeordneten mit Mehrheit gewählt: Ladurner, Frasnelli, Klotz, Ferretti. Die andern haben nicht die Mehrheit der Abgeordneten erhalten und damit wir auf fünf Abgeordneten als Mitglieder der Kommission kommen, müssen wir noch einen Wahlgang durchführen, und zwar zwischen den verbliebenen Abgeordneten. Das sind die Abg.en Meraner, D'Ambrosio, Sfondrini.

Das Wort hat Abg. Kaserer.

KASERER (SVP): Diejenige fünf, die am meisten Stimmen erhalten, sind gewählt. Ich glaube, es steht nirgends geschrieben, daß sie die absolute Mehrheit haben müssen.

PRÄSIDENT: Die Mehrheit der Anwesenden muß jedenfalls in einer Abstimmung da sein, sonst ist kein mehrheitliches Vertrauen gegeben.

Abg. Ferretti hat das Wort.

FERRETTI (DC): Il Consiglio é chiamato a votare un esponente di lingua italiana, cioè che si é dichiarato appartenente al gruppo linguistico italiano e che appartenga, se vogliamo essere corretti e non nasconderci dietro un dito, all'area tradizionale della minoranza politica. So anch'io quello che ha detto Sfondrini, che é un dato oggettivo, però non possiamo trascurare quello che é normalmente accaduto in questo Consiglio dalla sua formazione in poi. In poche parole il mio é un invito anche a rispettare una tradizione di democrazia.

LANGER (AS): Wenn das sprachliche Argument des Kollegen Ferretti Gültigkeit hat, und es spricht etwas dafür, daß wenschon der politische Proporz dermaßen unter die Räder kommt wie bei dieser Abstimmung, daß zumindest eine sprachlich ausgewogene Vertretung eingehalten wird, dann würde ich ausdrücklich sagen, daß wir interessiert sind, daß auch die Kollegin Andreina Emeri mit in die Wahl einbezogen wird. Daß sie zur politischen Minderheit dieses Hauses gehört, das dürfte außer Zweifel stehen; und ich glaube, es gibt keine ererbten Rechte, in dieser Kommission vertreten zu sein und da wir jetzt teils aus politischen und teils aus sprachlichen Gründen bei allen bisherigen Abstimmungen unter die Räder gekommen sind, eben was die Kommissionen anlangt, möchte ich hiermit formell den Vorschlag machen, daß auch die Kollegin Andreina Emeri in die Wahl einbezogen wird.

PRÄSIDENT: Ich muß nochmals betonen, daß wir unbedingt noch einen Abgeordneten für die Kommission brauchen, der die Mehrheit der Stimmen erhält der Anwesenden.

Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(Geheime Abstimmung - *Votazione per scrutinio segreto*)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 28, davon haben Stimmen erhalten: D'Ambrosio 17, Meraner 3, Emeri 3, Sfondrini 1 und 1 war ungültig.

Damit ist auch der Abg. D'Ambrosio Mitglied der interregionalen Kommission.

Punkt 2 der Tagesordnung: "Wahl des Landeshauptmannes".

Punto 2) all'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta provinciale".

Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in diesem Landtag wäre es der Südtiroler Volkspartei sicherlich ohne weiteres möglich, sofort zur Bildung der Landesregierung zu schreiten und Landeshauptmann und Landesräte gewissermaßen durchzuwählen. Die besonderen Verhältnisse in unserem Lande, in dem ja bekanntlich drei Volksgruppen leben, mit ihren zahlreichen allgemeinen und besonderen Erfordernissen, haben die Südtiroler Volkspartei jedoch veranlaßt, die Lösung dieses sehr komplexen Problems wie es einmal die Bildung einer Landesregierung ist, wie es einmal die Ausarbeitung eines tragfähigen Koalitionsabkommens darstellt, mit großer Sensibilität insbesondere den Vertretern der italienischen Parteien gegenüber anzugehen. Mit Gründlichkeit und ohne Leichtfertigkeit.

Ich darf hier feststellen, daß der bisherige Verlauf der Verhandlungen in einem ermutigenden Klima stattgefunden hat; aus diesem Grunde, jedoch auch aufgrund der Tatsache, daß die Bevölkerung sich ehebaldigst eine voll funktionsfähige Landesregierung wünscht, möchten unsere Delegationsteilnehmer, möchten alle Delegationsteilnehmer mit verstärkter Intensität und ohne irgendwelche unnötigen Zeitverluste dieses ermutigende Klima nutzen um schnell zur Bildung der Regierung kommen, um sobald wie möglich zur Abfassung eines soliden Regierungsabkommens für die laufende Legislatur mit den potentiellen Koalitionspartnern zu gelangen.

Da es aber noch nicht so weit ist, bin ich gezwungen, den Präsidenten nochmals namens meiner Fraktion zu ersuchen, die Tagesordnungspunkte 2 bis 8 auszusetzen und zu verschieben.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIANCARLO BOLOGNINI

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Qui c'è una proposta pregiudiziale, quindi hanno diritto alla parola due consiglieri a favore e due contro. Ha chiesto la parola il consigliere Mitolo. Prego.

MITOLO (MSI-DN): Esprimo una ferma protesta verso questo modo di operare. Al di là delle considerazioni di opportunità e al di là delle considerazioni, che possono indurre a ritenere che vi sia necessità di prolungare gli incontri tra le delegazioni, osservo che sono trascorsi tre mesi dall'esito delle elezioni ed in tre mesi si fanno anche i governi non solo della nazione e dello Stato, ma anche i governi del Parlamento d'Europa. Mi sembra che sia ingiustificato il protrarsi di queste trattative, tanto più che urgono problemi e soprattutto perché non credo assolutamente che tutto questo tempo sia necessario per dare alla Provincia di Bolzano la sua Giunta ed il suo governo. I problemi sono noti ormai da anni: sono quelli che si sono dibattuti nella precedente legislatura, sono quelli che conosciamo tutti e non ho l'impressione, anche a seguire le scarse notizie che fornisce la stampa, che si stiano cucinando chissà quali novità o invenzioni per risolvere i problemi della provincia di Bolzano. Vi è sì la necessità di allargare l'accordo ad altri partiti, vi è sì la necessità di approfondire talune questioni, ma non possiamo dimenticarci che il bilancio della Provincia di Bolzano, già votato nel 1983, ha una sua parte che è stata accantonata per dar modo, come si diceva in sede di approvazione di quel bilancio, ai nuovi arrivati, ai nuovi membri della Giunta in formazione, di poterlo completare. E questa è una esigenza primaria, perché non possiamo attendere di approvare le variazioni di bilancio, di qui a sei mesi, di qui a quattro o cinque mesi, perché poi praticamente restano inapplicate per il corso di quest'anno.

Ma al di là di queste modeste valutazioni di ordine tecnico, resta la questione di fondo: state perdendo un sacco di tempo, mentre potreste ridurre sicuramente i giorni a vostra disposizione e dare alla Provincia quel governo che si attende e che grosso modo si sa già da chi è formato, proprio per il fatto della composizione che si è venuta a determinare in questa nuova legislatura con la maggioranza assoluta della Südtiroler Volkspartei, che sicuramente esprimerà il Presidente e il numero di Assessori e che sarà integrato da un numero proporzionale di Assessori di lingua italiana. Posso capire la sensibilità che attraverso le sue dichiarazioni il capogruppo della Südtiroler Volkspartei ha dimostrato nei confronti del gruppo di lingua italiana e sembra quasi che è per fare un favore a noi che voi aspettate a fare la Giunta. Egregio dottor Frasnelli è interesse di tutti avere una Giunta efficiente ed una Giunta che abbia un programma ben preciso, quindi non ci fate alcun piacere, anzi ci dispiace che il tempo sia trascorso fino ad oggi senza un risultato concreto.

Ripeto quindi la mia protesta per questo modo di operare che non trova giustificazione, per cui voterò contro il rinvio, anche se so che altro non c'è da fare dal momento che voi, che rappresentate la maggioranza che fa e disfa, come abbiamo visto poc'anzi nella votazione dei membri della commissione interregionale, evidentemente potete decidere secondo il vostro piacimento.

EMERI (AS): Nella precedente riunione del Consiglio provinciale il collega Langer ha proposto un po' provocatoriamente allo stesso punto dell'ordine del giorno, l'elezione del Presidente della Giunta provinciale, proponendo il consigliere Magnago. Non ripeteró questa proposta, ma voglio comunque segnalare la nostra opposizione a questo rinvio, la nostra protesta per il tempo enorme che dalle elezioni ad oggi é trascorso, senza che di questa Giunta si sia saputo, neppure attraverso gli organi della stampa, assolutamente nulla. Il capogruppo della Südtiroler Volkspartei parla di difficoltà relative ai gruppi etnici. Pare che ormai in Alto Adige, qualsiasi difficoltà venga ricondotta a questa cosa.

CONSIGLIERE: (interrompe - unterbricht)

EMERI (AS): Ho sbagliato la sfumatura, ma credo che il significato sia chiaro ugualmente. Ci sono, certo, esigenze che obiettivamente hanno creato delle difficoltà, perché altrimenti credo che in tre mesi si sarebbe potuta fare una Giunta, visto che si fanno governi e patti in tempi molto più brevi. Penso quindi che questi tre mesi di ritardo abbiano enormemente svalutato, di fronte alla pubblica opinione, il ruolo delle istituzioni. Penso che veramente il lettore della strada dei giornali non sia in grado di capire come occorra tanto tempo per formare un governo di una provincia.

Ritornando alla questione delle esigenze e delle difficoltà, penso che si tratti di cosa da riferire più alle corporazioni che non ai gruppi linguistici, e quindi ribadisco la nostra protesta per questo lungo tempo, che priva anche l'opposizione di un interlocutore valido per il proprio discorso politico. Voteremo quindi contro il rinvio, anche se sappiamo perfettamente che questo voto non serve a nulla.

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ERICH ACHMÜLLER

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Zwei Abgeordneten haben noch die Möglichkeit, dafür zu sprechen. Wer wünscht das Wort? Niemand, dann stimmen wir über diesen Antrag ab: mit 1 Stimmenthaltung und 4 Gegenstimmen ist der Antrag angenommen und somit werden die Punkte von zwei bis inklusive 8 vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung: "Anfragen und Interpellationen".

Punto 9) all'ordine del giorno: "Interrogazioni e interpellanze".

Anfrage Nr. 4 vom 17. Jänner 1984, eingebracht von den Abg. Mitolo und Montali:

I sottoscritti consiglieri provinciali interrogano il signor Presidente della Giunta provinciale e gli Assessori competenti per conoscere se sia vero che nell'area del vecchio ospedale sia stata decisa l'apertura di un parcheggio per macchine e quali criteri siano stati adottati per la scelta della ditta che gestirà il parcheggio stesso.

I sottoscritti consiglieri provinciali desiderano inoltre conoscere se si sia tenuto conto del fatto che pende tuttora dinanzi al Consiglio di Stato un ricorso del Comune e che l'apertura del parcheggio creerà non pochi problemi ai servizi dell'ospedale che tuttora sono in attività nel vecchio edificio.

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten befragen den Herrn Landeshauptmann und die zuständigen Landesräte, um zu erfahren, ob es den Tatsachen entspricht, daß die Eröffnung eines Parkplatzes für PKW auf dem Areal des alten Krankenhauses beschlossen wurde und nach welchen Kriterien die Firma ausgewählt wurde, welche mit der Parkplatzverwaltung beauftragt wird.

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten möchten außerdem erfahren, ob dem Umstand Rechnung getragen wurde, daß vor dem Staatsrat noch eine Berufung der Gemeinde anhängig ist und daß die Eröffnung des Parkplatzes den Krankenhausdiensten, die im alten Krankenhausgebäude immer noch in Betrieb sind, beträchtliche Schwierigkeiten bereiten wird.

Der Landeshauptmann hat sich bereit erklärt, anschließend zu antworten und ich glaube, daß wir damit einverstanden sind bzw. bei der bisherigen Praxis bleiben, daß, solange die Landesregierung nicht gewählt ist, einfach vom Halbkreis unten heraus, von den Plätzen, wo die Abgeordneten Platz nehmen, auch geantwortet wird.

Das Wort hat Abg. Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Non dico che sono un po' sorpreso, ma ho l'impressione che questo modo di operare non sia fuori della norma, ma sicuramente un po' anomalo. Ad ogni modo, visto che il Presidente della Giunta intende rispondere accetto questo modo di agire.

Devo purtroppo notare che l'interpellanza viene svolta con qualche ritardo, rispetto al fatto già accaduto, perché il parcheggio nella sede del vecchio ospedale é già stato aperto. Noi avevamo qualche perplessità sulla scelta e sul modo di operare della Giunta, perché ci sembrava che il posto non fosse poi tanto adatto, in quando ancora oggi si svolgono nell'area del vecchio ospedale alcuni servizi, per es. quello meccanografico, che attengono all'attività dell'ospedale anche nuovo. Quindi, ci era parso che quanto meno l'aprire un parcheggio in quella zona veniva a procurare qualche fastidio a questi servizi che sono tuttora in essere per l'ospedale. Ma ciò che ci ha sorpreso é come di punto in bianco si sia scelta una ditta, non meglio identificata, per la gestione di questo parco. Volevamo chiarimenti sul metodo usato: se era stato fatto un ap-

palto regolare, se era stata indetta una licitazione privata, se era stata fatta una trattativa diretta, perché ci sembrava che per questo tipo di attività si dovesse ricorrere ad una gara secondo le norme più tradizionali. Quindi, attendo di conoscere questi dati dal Presidente, dopo di ché mi dichiareró o meno soddisfatto della risposta.

Quello che tengo a sottolineare é che purtroppo, date le circostanze, per questo procrastinarsi della nostra attività l'interrogazione perde in fondo del suo significato maggiore, proprio perché ormai é già stata presa la decisione ed il parco é già funzionante da più di un mese.

PRÄSIDENT: Zum Vorwurf der Vorgangsweise, Abg. Mitolo, muß ich sagen, daß ich den Abgeordneten den Vorschlag machen würde, jetzt, in der Zeit, wo die Landesregierung noch nicht steht und man sich eine baldige Beantwortung erwartet, daß man vielleicht eine Anfrage mit schriftlicher Beantwortung einreicht. Dann kann dem eher stattgegeben werden, weil jetzt die Landtagssitzungen doch nicht mit der Frequenz stattfinden, wie in normalen Zeiten.

Jetzt gebe ich dem Landeshauptmann zur Beantwortung das Wort.

MAGNAGO (SVP): Ich setze voraus, daß die Gemeinde Bozen schon seit längerer Zeit bei der Landesregierung gedrängt hat, man möge einen öffentlichen Parkplatz aus dem Innenhof des Spitalareals machen. Und daß dieses Drängen der Gemeinde Bozen viel pressanter geworden ist als es schien, da man in wenigen Wochen mit dem Parkplatzbau am Waltherplatz zu beginnen hatte. Es ist bis heute, was den unterirdischen Parkplatz am Waltherplatz anbelangt, noch nicht begonnen worden, aber es schien damals so, als ob das nur mehr eine Sache, eine Angelegenheit von wenigen Wochen wäre. Das Drängen wurde also noch pressanter, weil dann auch der Parkplatz Waltherplatz, wenigstens für die Zeit, wo der unterirdische Parkplatz unter dem Waltherplatz gebaut werden muß, nicht mehr zur Verfügung steht. Und daß die Parkplatznot in Bozen groß ist, das wissen wir alle.

Wir haben dann beschlossen, der Gemeinde Bozen die Möglichkeit zu bieten, der Gemeinde zu gestatten, daß sie dort einen Parkplatz errichte, und zwar immer natürlich nur beschränkt für die Zeit, die notwendig ist, um den Waltherplatz zu entlasten, d.h. höchstens, dieser Parkplatz wird zur Verfügung gestellt, im Innenhof, höchstens bis zu der Zeit, natürlich bis der Parkplatz am Waltherplatz gebaut ist, weil das die Krise noch erschwert hat. Zugleich kam aber ein Angebot einer Privatfirma, wie wir das also der Gemeinde Bozen geben sollten, und diese Privatfirma hat erklärt, sie heißt Parking GmbH, sie wäre interessiert, selbst diesen Parkplatz zu führen. Daß es in Bozen solche braucht, wissen wir alle, und sie würde, wenn sie die Konzession bekäme, zugleich für die Aufsicht des gesamten Spitalareals Sorge tragen, für die das Land seit langer Zeit eine Unmenge Geld auszugeben hat über die "ronda atesina". Sie wissen das schon seit langer Zeit, daß das gesamte Spitalareal von der "ronda atesina" bewacht wird, daß das viele und hohe Summen dem Land kostet. Bis heu-

te hat es noch keine Einigung zwischen Land und Gemeinde gegeben, was die Zweckbestimmung des Areals anbelangt. Diese Parking GmbH sagt, sie wäre bereit, einen Parkplatz sofort zu eröffnen oder in wenigen Tagen und als Entgelt für die Konzession dem Land die Bewachung des gesamten Spitalareals zu übernehmen. Wir haben dann der Gemeinde Bozen geschrieben und ihr gesagt: Bietet ihr das gleiche an? D.h. wenn ihr auch bereit seid, für die Konzession, die das Land geben würde, d.h. die Konzession, dieses Areals für diesen Zweck zu benutzen, wenn du Gemeinde bereit bist, für diese Konzession, dieses Areal zu benutzen als Gemeinde, bereit bist, den Überwachungsdienst für das gesamte Spitalareal gratis zu übernehmen, dann ziehen wir dich, Gemeinde, vor. Die Gemeinde hat kein Interesse für diese Belastung gezeigt, die sie hätte übernehmen müssen, und hat gesagt, nein, sie verzichtet darauf, auf solche Bedingungen kann sie nicht eingehen. Nachdem die Sache dringend war, hat dann der Landesausschuß, glaube ich, zu Recht beschlossen, dieser Parking GmbH unter diesen Bedingungen das Areal zur Verfügung zu stellen, also in Anbetracht der Dringlichkeit keine Ausschreibung zu machen. Abgesehen von der Dringlichkeit, denn da hätten wir viel Zeit verloren, es hat so ausgesehen, jetzt fangen wir mit dem Waltherplatz an, die Krise ist akut, in Anbetracht der Dringlichkeit keine Ausschreibung zu machen, abgesehen davon, daß eine Ausschreibung eine sehr komische, eine sehr sonderbare sich ergeben hätte, denn wenn mir angeboten wurde von der Parking GmbH, das gesamte Spitalareal auf ihre Kosten zu überwachen, dann hätte ich in der Ausschreibung eine solche Bedingung hineingeben müssen, und ich weiß nicht, wer eine solche Bedingung akzeptiert hätte. Aber gerade auf diese Bedingung hätte ich großen Wert gelegt, ich und der Landesausschuß, weil wir endlich von den Hunderten von Millionen Lire, das es im Laufe der Zeit gekostet hat, zirka 200 Millionen Lire im Jahr nur die Bewachung kostet, jetzt von dieser Belastung als Land befreit sind und diese Gelder für wichtigere Zwecke im Landesbudget dann ausgeben können. Somit, eine Ausschreibung, die als Auflage hatte, wie bereits die Parking angeboten hatte, auch die Bewachung des gesamten Spitalareals, wäre eigentlich etwas Sonderbares gewesen. Ich glaube also, daß der Landesausschuß recht getan hat, unbürokratisch gehandelt hat. Der Landesausschuß hat einen Vertrag mit der Parking GmbH gemacht, daß die Dauer der Konzession der Zurverfügungstellung dieser Gründe und dieses Areals niemals den Termin überschreiten kann, innerhalb welchem der Parkplatz am Waltherplatz gebaut ist, daß aber die Landesregierung jederzeit diese Konzession der Zurverfügungstellung auch vorher zurückziehen kann, zu jeder Zeit, das ist im Vertrag drinnen. Drittens, daß, nachdem, und das ist hervorgehoben worden, im alten Spitalareal noch einige Spitaldienste bestehen, die Parking GmbH den freien Zutritt gestatten muß, nicht nur den Personen, sondern auch den Autos, dort hinzufahren und von diesem Parkplatz Gebrauch zu machen, insofern Dienstreisen notwendig sind, die vom Krankenhaus in Moritzing ins alte Krankenhaus gemacht werden müssen, weil dort noch einige Dienste vorhanden sind. Das ist alles auch geklärt worden. Diese Verpflichtungen sind

von der Parking übernommen worden. Ich glaube, wohl nicht auf den ersten Teil der Anfrage antworten zu müssen, wo es heißt: "Die unterfertigten Landtagsabgeordneten möchten außerdem erfahren, ob dem Umstand Rechnung getragen wurde, daß vor dem Staatsrat noch eine Berufung der Gemeinde anhängig ist und daß die Eröffnung des Parkplatzes den Krankenhausdiensten, die im alten Krankenhausgebäude immer noch in Betrieb sind, beträchtliche Schwierigkeiten bereiten wird." Das Letzte habe ich bereits beantwortet, was die Krankenhausdienste betrifft, die noch dort im alten Krankenhaus sind, da gibt es keine beträchtlichen Schwierigkeiten. Da hat sich die Firma Parking mit Vertrag verpflichtet, diesen Zugang zu gestatten und da sind auch Parkplätze für diesen Zweck vorbehalten worden, die also abgezogen werden von der Konvention.

Was hingegen die andere Bemerkung anbelangt, daß hier die Gemeinde Bozen vor dem Staatsrat eine Berufung eingereicht hätte, diese Berufung hebt nie den Umstand auf, daß wir die rechtmäßigen Besitzer heute und Eigentümer sind und somit als rechtskräftige Eigentümer über dieses Areal verfügen. Es sei denn, es kommt, wenn es so weit ist, ein Urteil, wo uns der Besitz, bzw. das Eigentum abgesprochen wird. Das Land ist grundbücherliche Eigentümerin, im Grundbuch scheint es als Eigentümerin des gesamten Spitalareals auf, und solange wir im Grundbuch als solche aufscheinen, können wir darüber verfügen, weil der Rekurs der Gemeinde Bozen diesen Umstand, daß wir Eigentümer sind, nicht aufgehoben hat. Ich glaube aber, daß letzten Endes die Landesregierung hier eine Handlung vollzogen hat, die im Interesse der Landeshauptstadt Bozen ist und ich glaube, sie hat so gut gehandelt und sie hat die Dringlichkeit erkannt und deswegen auch von Ausschreibungen abgesehen, weil Ausschreibungen mit der Auflage für einen Parkwärter, er muß das ganze Areal, das mit dem Parkplatz nichts zu tun hat bewachen, eine solche Auflage zu machen, wäre auch sehr schwierig gewesen, aber das Angebot war da.

Ich hoffe also, ausführlich geantwortet zu haben. Ob dann der Anfragende zufrieden ist oder nicht, das kann ich noch nicht aus seinem Gesicht erlesen.

MITOLO (MSI-DN): Voglio ringraziare subito il Presidente Magnago, che non ha compreso dal mio viso se sono soddisfatto o meno, ma ho l'abitudine di essere una sfinge. Del resto c'è qualche particolare sul quale potremo discutere, per es. sull'urgenza e sul fatto che non si sapeva se i lavori per il garage di piazza Walther sarebbero iniziati subito. A quanto mi consta, siamo ancora in alto mare, per i garage di piazza Walther e quindi credo che forse con una telefonata o una richiesta di chiarimenti da parte degli interessati, avreste potuto apprendere che ancora passerá molto tempo prima che inizino i lavori. Comunque, il problema dei parcheggi a Bolzano é un problema che riconosco assolutamente urgente ed impellente, e posso certo accettare il fatto che voi avete preso una decisione rapida, anche perché la società Parking aveva posto quella condizione favorevole della guardia per tutto il complesso, ma credo che que-

sta poteva anche essere una condizione da porre nelle norme di appalto. Nulla avrebbe ostato acché nelle condizioni di appalto con una gara regolare vi fossero inserite clausole che prevedevano anche questo servizio. Lei sa - ne abbiamo discusso diverse volte - che noi tutti, più che per le trattative dirette, che lasciano sempre qualche perplessità e qualche dubbio, siamo per le gare alla luce del sole. Chi fa la migliore offerta ha diritto di ottenere il servizio che interessa la Provincia di Bolzano.

Quindi, in linea di massima mi dichiaro favorevole anche se mi consta che nonostante la buona volontà c'è qualche piccola difficoltà proprio per il funzionamento dei servizi. Gli automezzi dell'ospedale che debbono trasportare e personale e materiale ogni tanto trovano qualche intoppo all'ingresso o anche per sistemarsi all'interno dell'area che è stata fatta oggetto di questo parcheggio. Comunque, ormai cosa fatta capo ha, quindi non posso che accettare quanto è stato fatto, augurandomi però che il tipo di soluzione adottato come in questo caso non diventi la norma. Ci teniamo a sottolineare che desideriamo che tutto ciò che riguarda appalto di servizi, lavori ed opere in generale, che competono alla Giunta provinciale, vengano effettuati a mezzo di regolare gara di appalto e concorso, anche laddove forse in qualche modo può essere giustificata, data l'urgenza, la trattativa privata.

PRÄSIDENT: Die weiteren Anfragen können nicht behandelt werden, entweder, weil die Einbringer nicht da sind, oder, in einem Fall trifft es auch den Landesrat Benedikter, der nicht anwesend ist.

Somit kommen wir zum nächsten Punkt auf der Tagesordnung. Es wäre der Beschlußantrag Nr. 2/84 von den Abg.en D'Ambrosio und Barbiero.

Ich muß hier mitteilen, daß mich der Abg. D'Ambrosio angerufen hat und mich gebeten hat, um die Vertagung zu ersuchen. Das bringe ich korrekterweise vor. Wenn sich kein Einspruch dagegen erhebt, dann vertagen wir die nächsten zwei Punkte.

Wir kommen dann zum Punkt 12: "Ernennung eines Landtagsabgeordneten als Mitglied des Verwaltungsrates des Versuchszentrums Laimburg".

Punto 12) all'ordine del giorno: "Nomina di un consigliere provinciale quale membro del Consiglio di amministrazione del centro sperimentazione di Laimburg".

Ich verlese das diesbezügliche Schreiben des Generaldirektors der Landwirtschaftsdienste:

Laut Landesgesetz vom 20. November 1975, Nr.53, Art.7 und Art.10, ist für die laufende Legislaturperiode der Verwaltungsrat und das Rechnungsprüferkollegium des Versuchszentrums Laimburg neu zu bestellen.

Wir ersuchen Sie daher, uns den laut Art.7, Punkt 2, und Art.10 obigen Gesetzes vom Landtag selbst aus seinen eigenen Reihen dafür be-

stimmten Vertreter mitzuteilen. Bisheriges Mitglied des Verwaltungsrates des Versuchszentrums war der Landtagsabgeordnete Mathias Ladurner-Parthanes und des Rechnungsprüferkollegiums Willi Erschbaumer.

Ai sensi della legge provinciale 20.11.1975, n.53, artt. 7 e 10, per la legislatura in corso occorre provvedere al rinnovo del consiglio di amministrazione e del collegio dei revisori del centro di sperimentazione Laimburg.

Si prega pertanto di voler comunicare all'ufficio scrivente i nominativi dei rappresentanti del Consiglio provinciale eletti dal medesimo fra i propri componenti ai sensi dell'art.7, punto 2), e dell'art.10 della citata legge provinciale. Nella legislatura scorsa quale membro del consiglio di amministrazione del centro sperimentale fungeva il consigliere provinciale Mathias Ladurner-Parthanes, mentre il consigliere provinciale Willi Erschbaumer era stato nominato membro del collegio dei revisori.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Frasnelli. Er hat das Wort.

FRASNELLI (SVP): Namens der Südtiroler Volkspartei erlaube ich mir, den Abgeordneten Ladurner-Parthanes als Mitglied des Verwaltungsrates des Versuchszentrums Laimburg vorzuschlagen.

PRÄSIDENT: Sind weitere Vorschläge? Keine, dann bitte ich um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 22, Ladurner-Parthanes 18, Langer 1, Kaserer 1, 2 weiße Stimmzettel. Damit ist der Abg. Ladurner wiederum Mitglied des Verwaltungsrates des Versuchszentrums Laimburg.

Wir kommen zum 13. Tagesordnungspunkt: "Ernennung eines Landtagsabgeordneten, welcher der politischen Minderheit angehört, als Mitglied des Rechnungsprüferkollegiums des Versuchszentrums Laimburg".

Punto 13) all'ordine del giorno: "Nomina di un consigliere provinciale della minoranza politica quale membro del collegio dei revisori dei conti del centro di sperimentazione Laimburg".

Ich bitte um Vorschläge. Abg. Meraner hat das Wort.

MERANER (PDU): Ich möchte die Kollegin Dr. Eva Klotz vorschlagen.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 29, Abg. Klotz 22, 6 weiße Stimmzettel und ein ungültiger. Damit ist die Abg. Klotz Mitglied des Rechnungsprüferkollegiums des Versuchszentrums Laimburg.

Punkt 14 der Tagesordnung: "Ernennung eines Landtagsabgeordneten, welcher der ladinischen Sprachgruppe angehört, als Vorsitzenden des Landesbeirates für Weiterbildung".

Punto 14) all'ordine del giorno: "Nomina di un consigliere provinciale appartenente al gruppo linguistico ladino quale presidente della consulta provinciale per l'educazione permanente".

Ich verlese den Brief:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Das Landesgesetz zur Regelung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens in Südtirol vom 7.11.1983, Nr.41, sieht die Errichtung eines ladinischen Landesbeirates für Weiterbildung vor. Den Vorsitz dieses Beirates führt der vom Südtiroler Landtag aus seiner Mitte gewählte Angehörige der ladinischen Sprachgruppe oder eine von ihm bevollmächtigte Person.

Damit der ladinische Landesbeirat für Weiterbildung errichtet werden kann, werden Sie höflichst ersucht, sobald als möglich - spätestens aber bis 20. Februar 1984 - diesem Amt den vom Südtiroler Landtag aus seiner Mitte gewählten Angehörigen der ladinischen Sprachgruppe namhaft zu machen.

Das Wort hat Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Namens der Südtiroler Volkspartei erlaube ich mir den Abg. Valentin, im Sinne der gesetzlichen Bestimmung, vorzuschlagen. Danke!

EMERI (AS): Voglio segnalare intanto la dizione del testo italiano della legge in proposito, che dice: "La Consulta provinciale per il gruppo linguistico ladino é composta da... il consigliere provinciale ladino." Potrei parlare di lapsus freudiano, perché il Consiglio provinciale non ritiene che possa esserci più di un consigliere ladino, mentre invece il testo tedesco, inspiegabilmente, parla di "einem" e quindi lascia questa possibilità. Non é la prima volta che c'è discordanza tra i due testi e non é la prima volta che nelle leggi provinciali le espressioni usate sono inadeguate.

Comunque, a parte questo, propongo il consigliere Langer, perché venga scelto dal Consiglio. Sarà lui che poi dirà le sue intenzioni, anche in relazione alla seconda parte del comma.

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

GIANCARLO BOLOGNINI

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Risulta, purtroppo, che per errore è stato trasmesso ai colleghi consiglieri un testo sbagliato. Il testo effettivo suona in questo modo: "Il consigliere provinciale appartenente al gruppo linguistico ladino o suo delegato, con funzioni di presidente, eletto dal Consiglio provinciale." Si tratta quindi di un errore di trasmissione di documenti. Rimane aperta la proposta del consigliere Langer.

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Herr Präsident! Es ist zum ersten Mal, daß in diesem Raum die Frage der Vertretung der ladinischen Sprachgruppe in einem Gremium zur Diskussion steht, in Wirklichkeit wäre die Frage schon früher zur Diskussion gestanden, wenn die Tagesordnung eingehalten und die Landesregierung gewählt worden wäre. Nun ist es allen bekannt, daß durch meine buchungsmäßige Zugehörigkeitserklärung zur ladinischen Sprachgruppe der SVP-Ladiner Kollege Valentin zum Landesrat gewählt werden wird, weil in diesem Fall der Proporz eingehalten werden muß. Ich könnte nun sagen, wenn ich gut genug bin, dem Kollegen Valentin auf einen Assessorenstuhl zu verhelfen, dann müßte ich natürlich auch in anderem Zusammenhang gut genug sein, denn die Verbuchung als Ladiner muß wenschon natürlich für alle Buchungszwecke gelten. Ich bin als Ladiner schon verschiedentlich von Kommissionen ausgeschlossen worden, also müßte wenschon dieselbe Verbuchung natürlich auch im positiven Sinne gelten.

Nun möchte ich aber sehr klar sagen und hoffen, daß es von allen verstanden wird, daß ich mir natürlich in keinem Augenblick und nie die tatsächliche kulturelle und sprachliche Vertretung der Ladiner anmaßen möchte. Politisch vertrete ich die ladinische Bevölkerung genauso wie jeder andere von uns, im besonderen wie jeder andere von uns, der auch von Ladinern gewählt worden ist, aber ich möchte mir natürlich in keiner Weise anmaßen, die kulturellen und sprachlichen Belange der Ladiner besser vertreten zu können als sie selber, und hier geht es ausgesprochen um ein kulturelles Gremium.

Ich möchte deswegen folgendes erklären. Ich bewerbe mich trotzdem um dieses Amt, das hier ansteht, um das Amt des Mitgliedes im ladinischen Landesbeirat, von dem hier die Rede ist, mit der erklärten und verbindlichen Absicht, dieses Amt, sollte ich dafür gewählt werden, zu delegieren. Und zwar werde ich auch gleich erklären, an wen ich es delegieren würde und bitte also ausdrücklich, daß Sie in diesem Fall eine Abstimmung zwischen zwei tatsächlichen Ladinern vornehmen und das gegenwärtig halten.

Die Person, die ich für dieses Amt konkret vorschlage, ist die Frau Frida Piazza aus Ortisei, St. Ulrich in Gröden. Frau Piazza ist eine bekannte Vertreterin des ladinischen Kulturlebens. Sie hat sich für die ladinische Sprache insbesondere seit Jahren und Jahrzehnten verdient gemacht. Sie ist eine der wenigen Ladinerinnen, die seit vielen Jahren vor allem um die ladinische Rechtschreibung und um die Pflege der ladinischen Sprache bemüht. Da der Beirat für Bibliothekswesen und Weiterbildung, von dem wir hier reden, selbstverständlich in erster Linie kulturelle Funktionen wahrnehmen sollte, mehr als politische Funktionen, scheint es mir angebracht, daß eine Vertretung, eine Person, die das ladinische Kulturleben vertreten kann, dazu gewählt wird.

Ich möchte noch ein Zweites dazu sagen. Der vorgeschlagene Abg. Valentin wird aller Voraussicht nach eben auch die politische Spitze der Behörde darstellen. D.h. er wird, ich weiß nur noch nicht genau mit welchem Ressort, aber er wird jedenfalls zum Landesrat gewählt werden, umso günstiger erscheint es mir, wenn ein Beirat, der kulturelle und sprachliche Belange wahren soll, auch die nötige Sachkenntnis und Unabhängigkeit von der Verwaltung aufweist.

Ich möchte deswegen ausdrücklich den Vorschlag machen, daß Sie, indem Sie mich pro forma in dieses Gremium wählen und ich meinerseits schon jetzt erkläre, daß ich den Absatz sieben, Punkt a), zur Anwendung bringen möchte, wo es heißt, einer von ihm bevollmächtigen Person, daß ich hier konkret also Frau Frida Piazza aus Ortisei als Kandidatin für dieses Amt benennen möchte.

Schließlich kann ich noch darauf hinweisen, daß die Zusammensetzung dieses Gremiums, von dem hier die Rede ist, sowieso schon so konstruiert ist, daß lauter Behörden drinnen sitzen und daß von daher gewiß nicht die Gefahr besteht, daß also gewöhnliche Bürger plötzlich die Mehrheit über die Behördenvertreter bekommen könnten, und deswegen scheint mir unser Vorschlag ein gerechter und billiger Vorschlag. Zudem scheint es uns vertretbar, daß in einem solchen Gremium, wenn schon der voraussichtliche Landesrat aus dem Abteital kommt, daß auch in dem Fall die Ladiner aus Gröden in diesem Gremium vertreten sind. Ich gebe zu bedenken, daß sowieso der Vertreter des ladinischen Kulturinstitutes voraussichtlich ein Vertreter aus dem Gadertal sein wird und daß deswegen eine Grödner Vertretung durchaus recht und billig wäre.

Das also zur Erklärung meiner Kandidatur. Ich möchte also ausdrücklich festgehalten haben, daß ich dieses Amt nicht aus persönlichen Gründen anstrebe, um mich selbst in die Belange der ladinischen Weiterbildung des Bibliothekswesens und ähnliches einzumischen, sondern daß ich der Meinung bin, daß es darum geht, hier mich stellvertretend zu wählen für die von mir genannte Kandidatin, die meines Erachtens die nötige Qualifikation und die Voraussetzungen dazu zweifellos besitzt und ihr innerhalb der ladinischen Kulturverbände auch zweifellos anerkannt wird.

FRASNELLI (SVP): Ganz kurz, Herr Präsident! Ich möchte dem Kollegen, der im Sinne der gesetzlichen Bestimmung besonderes Augenmerk auf die Delegierung gelegt hat, nur ergänzend mitteilen, daß selbstverständlich dieses Recht auch der von unserer Fraktion vorgeschlagene Kollege Valentin hat und dies somit also nicht eine Sache ist, die nur auf einer Seite erfolgen kann. Gesetzt den Fall, daß also Kollege Valentin, wie hier angekündigt, möglicherweise Mitglied der Landesregierung werden wird, wird sicherlich von ihm aus eine qualifizierteste Person delegiert werden, um die Funktion wahrzunehmen, die hier im Gesetz vorgesehen ist.

Das werden zum richtigen Zeitpunkt die Ladiner selbstverständlich selbst bestimmen.

FERRETTI (DC): Noi siamo perché la nomina veda eletto il collega consigliere Valentin, che conosciamo come persona capace ed espressione anche del partito, che non solo a livello provinciale, ma anche nelle valli ladine ha raccolto il maggior numero di suffragi, sia nella val Badia, che nella val Gardena. Crediamo che questo sia un segnale da tenere anche in considerazione, in quanto democrazia, se è vero che nel nostro sistema, come è giusto, si colgono i voti a livello provinciale, è anche vero che deve tenere conto dei segnali molto chiari che possono venire, specialmente per il gruppo linguistico ladino, proprio dalle due valli, dai luoghi in cui abitualmente la stragrande maggioranza della popolazione di lingua ladina abita e risiede. Quindi, riteniamo questa un'indicazione che si può condividere e che deve essere sostenuta dal nostro partito con motivazioni di ordine politico ed anche di ordine culturale, senza con questo volere implicitamente misconoscere la proprietà di altre proposte, che però hanno un difetto, che cioè non riguardano un consigliere di questo Consiglio provinciale, ma riguarda persona estranea. Qualora si dovesse in futuro, per eventuali modifiche, uscire dalla norma del consigliere provinciale di lingua ladina, sia esso un consigliere che per convinzioni ataviche è ladino o che per convinzioni contingenti è ladino, la Democrazia Cristiana, che raccoglie da sempre e fino ad oggi il secondo numero di suffragi in quelle valli, si riserva di fare sue adeguate proposte.

PRESIDENTE: Chi chiede ancora la parola? Nessuno. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: votanti 28, Valentin 22, Langer 4, schede bianche 2. Eletto risulta il consigliere Valentin.

Passiamo ai prossimi punti all'ordine del giorno n.15 e n.16. Si tratta di due delibere della Giunta provinciale che riguardano lo stesso argomento ed hanno anche le stesse relazioni accompagnatorie.

Punto 15) all'ordine del giorno: "Deliberazione della Giunta provinciale n.4 del 9.1.1984: Corte Costituzionale - Impugnazione della legge 19.12.1983, n.696, recante "Norme concernenti l'agevolazione della produzione industriale delle piccole e medie imprese e l'amministrazione straordinaria delle grandi imprese in crisi" - Conferimento d'incarico al Prof. Avv. Giuseppe Guarino (lire 600.000)."

Punkt 15 der Tagesordnung: "Beschluß des Landesausschusses Nr.4 vom 9.1.1984: Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Gesetzes Nr.696 vom 19.12.1983, beinhaltend "Bestimmungen zur Förderung der Industrieproduktion der Klein- und Mittelbetriebe und über die außerordentliche Verwaltung von großen Krisenbetrieben" - Auftragserteilung an Adv. Prof. Giuseppe Guarino (Lire 600.000)."

Punto 16) all'ordine del giorno: "Deliberazione della Giunta provinciale n.81 del 16.1.1984: Impugnazione della legge 19.12.1983, n.696 - Integrazione della deliberazione n.4 del 9.1.1984."

Punkt 16 der Tagesordnung: "Beschluß der Landesausschusses Nr.81 vom 16.1.1984: Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Gesetzes Nr.696 vom 19.12.1983 - Ergänzung des Beschlusses Nr. 4 vom 9.1.1984."

Dó lettura della relazione accompagnatoria e delle delibere della Giunta provinciale:

Ratifica delle deliberazioni della Giunta provinciale n.4 del 9 gennaio 1984 e n.81 del 16.1.1984.

Corte Costituzionale - Impugnazione della legge nazionale del 19.12.1983 n.696 concernente: "Norme concernenti l'agevolazione della produzione industriale delle piccole e medie imprese e l'amministrazione straordinaria delle grandi imprese in crisi".

L'art.1 della legge statale 19.12.1983, n.696, prevede la concessione di contributi in conto perdita in favore di aziende piccole e medie ed aziende artigiane. Al terz'ultimo comma dell'art.1 di detta legge viene stabilito che i contributi previsti non sono cumulabili con quelli previsti da altre leggi statali, regionali o delle Province autonome. Si tratta di una disposizione legislativa non molto chiara, in quanto non risulta chiaramente se in base alle disposizioni di questo comma, nonché del quarto comma, per la concessione dei relativi contributi anche per le aziende in provincia di Bolzano sia competente unicamente il Ministro per l'Industria, Commercio ed Artigianato.

Nel caso di una tale interpretazione delle succitate disposizioni ciò costituirebbe una chiara violazione delle competenze legislative ed amministrative della Provincia autonoma di Bolzano e precisamente per la violazione degli artt. 9, n.8, 15, 16, 78 e 79 dello Statuto di autonomia approvato con D.P.R. n.670 del 31.8.1972. Inoltre, le succitate disposi-

zioni violano le norme di attuazione allo Statuto di Autonomia in materia di incentivazione e produzione industriale di cui all'art.5 del D.P.R. del 31.7.1978, n. 1017.

L'art. 1 della succitata legge statale n.696 del 1983 in particolare è in contrasto con l'art. 78 dello Statuto di Autonomia in quanto non viene stabilito che una parte dei fondi a disposizione devono essere assegnati direttamente alla Provincia autonoma di Bolzano, secondo il parametro di cui all'art.78.

Al terz'ultimo comma dell'art.1 della succitata legge n.696 del 1983 si stabilisce che i contributi previsti dalla medesima non sono cumulabili con i contributi da erogare con leggi provinciali e si potrebbe pertanto supporre che la concessione di questi contributi non potrebbe avvenire tramite una legge provinciale, per cui anche i relativi fondi non potrebbero essere assegnati alla Provincia autonoma di Bolzano.

Sulla base di queste imprecisioni risulta necessario impugnare presso la Corte Costituzionale l'art.1 della legge statale del 19 dicembre 1983, n.696.

Ratifizierung der Landesaussschußbeschlüsse Nr.4 vom 9.1.1984 und Nr.81 vom 16.1.1984, betreffend:

Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Staatsgesetzes vom 19. Dezember 1983, Nr.696, beinhaltend "Bestimmungen zur Förderung der Industrieproduktion der Klein- und Mittelbetriebe und über die außerordentliche Verwaltung von großen Krisenbetrieben".

Der Art.1 des Staatsgesetzes vom 19.12.1983, Nr. 696, sieht die Gewährung von Verlustbeiträgen an Klein- und Mittelbetriebe sowie an Handwerksbetriebe vor. Im drittletzten Absatz des Art. 1 des genannten Gesetzes wird bestimmt, daß die vorgesehenen Beiträge unvereinbar sind mit den in anderen Staats-, Regional- und Landesgesetzen vorgesehenen Beiträgen. Es handelt sich um eine relativ unklare Gesetzesbestimmung, da nicht klar ist, ob auf Grund der Bestimmungen dieses Absatzes sowie des Absatzes 4 auch für die Betriebe in der Provinz Bozen allein der Industrie-, Handels- und Handwerksminister für die Gewährung der entsprechenden Beiträge zuständig sei.

Bei einer derartigen Auslegung der obgenannten Bestimmungen würde sich eine klare Verletzung der Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse der autonomen Provinz Bozen ergeben, und zwar wegen Verletzung der Art.9, Nr.8; 15; 16; 78 und 79 des mit D.P.R. vom 31.8.1972, Nr.670, genehmigten Autonomiestatutes, sowie die im Art.5 des mit D.P.R. vom 31.7.1978, Nr.1017, enthaltenen Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut im Bereich der Förderung der Industrieproduktion.

Der Art. 1 des obgenannten Staatsgesetzes Nr. 696 von 1983 steht im besonderen in Widerspruch zum Art. 78 des Autonomiestatutes, da nicht vorgesehen wird, daß ein Teil der vorgesehenen Geldmittel entsprechend dem Parameter laut Art. 78 direkt der autonomen Provinz Bozen zuzuweisen ist. Da im drittletzten Absatz des Art. 1 des genannten Gesetzes Nr. 696

von 1983 bestimmt wird, daß die in diesem Gesetz vorgesehenen Beiträge unvereinbar seien mit den in Landesgesetzen vorgesehenen Beiträgen, könnte man annehmen, daß die Gewährung dieser Beiträge nicht mittels Landesgesetz erfolgen könne, und somit auch die entsprechenden Geldmittel nicht der autonomen Provinz Bozen zugewiesen werden können.

Auf Grund dieser Unklarheiten ergibt sich somit die Notwendigkeit, den Art.1 des Staatsgesetzes vom 19.12.1983, Nr.696, vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Deliberazione della Giunta provinciale n.4 del 9.1.1984:

Vista la legge 19 dicembre 1983, n. 696, recante "Norme concernenti l'agevolazione della produzione industriale delle piccole e medie imprese e l'amministrazione straordinaria delle grandi imprese in crisi", pubblicata nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica n.348 del 21.12.1983;

ritenuto che l'art. 1 della succitata legge, in particolare il terzo,ultimo,il quarto ed il sesto comma, in quanto stabilisce che il contributo previsto non sia cumulabile con quelli previsti da altre leggi statali, regionali o delle Province autonome e regola le modalità di concessione e le procedure per la presentazione delle domande e per l'erogazione dei contributi, sia illegittimo per violazione degli articoli 9, n.8, 16, 78 e 79 dello Statuto Speciale di autonomia della Regione Trentino-Alto Adige, nel testo unico approvato con D.P.R. 31.8.1972, n.670, e delle relative norme di attuazione approvate con D.P.R. 31.7.1978, n.1017, e invasivo della competenza legislativa spettante alla Provincia autonoma di Bolzano in materia di incremento della produzione industriale;

considerato, in particolare, che l'art. 1 della citata legge n.696 del 1983 contrasti con l'art.78 del D.P.R. 31.8.1972, n.670, in quanto non tiene conto che la Provincia autonoma di Bolzano ha diritto all'attribuzione diretta di fondi per gli interventi di cui alla succitata legge, trattandosi di interventi generali dello Stato disposti nella restante parte del territorio nazionale in un settore di competenza della Provincia, e che pertanto l'erogazione dei contributi previsti dalla citata legge n.696 del 1983 deve avvenire direttamente da parte della Provincia;

ritenuto necessario di dover impugnare l'art.1 della succitata legge innanzi alla Corte Costituzionale e di avvalersi, stante l'urgenza del caso, del potere di cui all'art.54, n.7, del D.P.R. 31.8.1972, n.670;

visti gli articoli 98 del D.P.R. 31.8.1972, n.670, e 32 della legge 11.3.1953, n.87;

la Giunta provinciale, ad unanimità di voti

d e l i b e r a:

a) di impugnare davanti alla Corte Costituzionale l'art.1 nel suo complesso e in particolare i commi terzo,ultimo,quarto e sesto, della legge 19 dicembre 1983, n.696, recante "Norme concernenti l'agevolazione della produzione industriale delle piccole e medie imprese e l'amministrazione straordinaria delle grandi imprese in crisi", per violazione

- degli articoli 9, n.8, 16, 78 e 79 del D.P.R. 31 agosto 1972, n.670, e relative norme di attuazione, e di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a proporre il relativo ricorso;
- b) di affidare la rappresentanza e difesa della Provincia autonoma di Bolzano nel relativo procedimento al Prof. Avv. Giuseppe Guarino di Roma, e di eleggere domicilio presso lo stesso in Roma, piazza Borghese n.3;
 - c) di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a rilasciare al sunnominato professionista le occorrenti procure;
 - d) di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale, affinché venga sottoposta per la ratifica al Consiglio stesso, nella sua prima riunione successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 54, n.7, del D.P.R. 31.8.1972, n.670;
 - e) di liquidare in favore del Prof. Avv. Giuseppe Guarino l'importo di lire 600.000 comprensivo di IVA e CAP a titolo di acconto per spese legali e di impegnare la relativa spesa sul capitolo 12186 del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario in corso;
 - f) di riservare ad altro provvedimento la liquidazione definitiva delle spese, competenze ed onorari in favore del Prof. Avv. Giuseppe Guarino di Roma.

Nach Einsichtnahme in das Gesetz Nr.696 vom 19. Dezember 1983, beinhaltend "Bestimmungen zur Förderung der Industrieproduktion der Klein- und Mittelbetriebe und über die außerordentliche Verwaltung von großen Krisenbetrieben", veröffentlicht im Gesetzesanzeiger der Republik Nr. 348 vom 21.12.1983;

erwogen, daß Art.1 des obgenannten Gesetzes, insbesondere der drittletzte, vierte und sechste Absatz, inwieweit er bestimmt, daß der vorgesehene Beitrag nicht vereinbar sei mit den in anderen Staats-, Regional- oder Landesgesetzen vorgesehenen Beiträgen, und die Ansuchen, Bedingungen und Verfahren für die Gewährung der Beiträge regelt, gesetzeswidrig sei, wegen Verletzung der Art. 9, Nr.8, 16, 78 und 79 des Sonderstatutes für die Region Trentino-Südtirol, gemäß dem mit D.P.R. Nr.670 vom 31.8.1972 genehmigten Einheitstext, und wegen Verletzung der entsprechenden Durchführungbestimmungen, genehmigt mit D.P.R. Nr.1017 vom 31.7.1978, und die der autonomen Provinz Bozen zustehende Gesetzgebungsbefugnis im Bereich der Förderung der Industrieproduktion verletze;

erachtet insbesondere, daß Art.1 des genannten Gesetzes Nr.696 von 1983 in Widerspruch zu Art.78 des D.P.R. Nr.670 vom 31.8.1972 stehe, da er nicht berücksichtigt, daß die autonome Provinz Bozen Anrecht auf direkte Zuweisung der Geldmittel für die im obgenannten Gesetz vorgesehenen Förderungsmaßnahmen hat, angesichts der Tatsache, daß es sich um allgemeine Aufwendungen des Staates für den übrigen Teil des Staatsgebietes auf einem Sachgebiet von Landeszuständigkeit handelt und somit die Auszahlung der vom obgenannten Gesetz Nr.696 von 1983 vorgesehenen Beiträge direkt von seiten des Landes erfolgen muß;

für notwendig erachtet, den Art. 1 des obgenannten Gesetzes vor dem Verfassungsgerichtshof anfechten zu müssen und, angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit, sich der im Art. 54, Nr. 7, des Autonomiestatutes vorgesehenen Befugnis zu bedienen;

nach Einsichtnahme in die Artikel 98 des D.P.R. 31.8.1972, Nr. 670, und 32 des Gesetzes Nr. 87 vom 11.3.1953;

b e s c h l i e ß t

der Landesausschuß mit Stimmeneinhelligkeit:

- a) vor dem Verfassungsgerichtshof den Art. 1, in seiner Gesamtheit und insbesondere den drittletzten, vierten und letzten Absatz, des Gesetzes Nr. 696 vom 19. Dezember 1983, beinhaltend "Bestimmungen zur Förderung der Industrieproduktion der Klein- und Mittelbetriebe und über die außerordentliche Verwaltung von großen Krisenbetrieben", wegen Verletzung der Artikel 9, Nr. 8, 16, 78 und 79 des D.P.R. Nr. 670 vom 31. August 1972 und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen anzufechten und den Landeshauptmann zu ermächtigen, den entsprechenden Rekurs einzubringen;
- b) mit der Vertretung und Verteidigung der autonomen Provinz Bozen im entsprechenden Verfahren den Adv. Prof. Giuseppe Guarino aus Rom zu beauftragen und bei diesem in Rom, Piazza Borghese Nr. 3, das Domizil zu erwählen;
- c) den Landeshauptmann zu ermächtigen, dem obgenannten Freiberufler die nötigen Vollmachten zu erteilen;
- d) eine Abschrift des gegenständlichen Beschlusses an den Präsidenten des Südtiroler Landtages zu übermitteln, damit derselbe dem Landtag in der ersten darauffolgenden Sitzung gemäß und für die Wirkungen des Art. 54, Nr. 7, des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr. 670, zur Ratifizierung vorgelegt wird;
- e) zugunsten des Adv. Prof. Giuseppe Guarino den Betrag von Lire 600.000 inbegriffen Mst. und P.K.B., als Anzahlung für Anwaltskosten zu liquidieren und den entsprechenden Betrag dem Kapitel 12186 des Haushaltsvoranschlages für das laufende Finanzjahr anzulasten;
- f) die endgültige Liquidierung der Spesen, Gebühren und Honorare zugunsten des Adv. Prof. Giuseppe Guarino aus Rom mit einer späteren Maßnahme vorzunehmen.

Deliberazione della Giunta provinciale n.81 del 16.1.1974:

Vista la propria deliberazione n.4 del 9.1.1984;

ritenuto che l'art.1 della legge 19.12.1983, n. 696, recante "Norme concernenti l'agevolazione della produzione industriale delle piccole e medie industrie e l'amministrazione straordinaria delle grandi imprese in crisi", pubblicata sulla G.U. n.349 del 21.12.1983, sia inoltre illegittimo per violazione dell'art.15 dello Statuto Speciale di autonomia della Regione Trentino-Alto Adige, nel testo unico approvato con D.P.R. 31.8.1972, n.670, e dell'art.5 del D.P.R. 31.7.1978, n.1017, recante nor-

me di attuazione dello Statuto Speciale della Regione Trentino-Alto Adige in materia di incremento della produzione industriale, poiché esclude l'assegnazione diretta alla Provincia autonoma di Bolzano, sentito il parere della stessa, della quota di finanziamento spettante alla Provincia e da indicare, in relazione alle spese degli interventi dello Stato nella materia, nel contesto della determinazione della quota variabile di cui all'art.78 del citato D.P.R. n.670 del 1972;

ritenuto pertanto necessario impugnare la succitata legge anche per queste ragioni;

visti gli articoli 98 del D.P.R. 31.8.1972, n.670, e 32 della legge 11.3.1953, n.87;

visto l'art.54, punto 7, del D.P.R. 31.8.1972, n.670;

la Giunta provinciale ad unanimità di voti,

d e l i b e r a:

- a) di confermare per intero la propria deliberazione n.4 del 9.1.1984, e di impugnare la legge 19 dicembre 1983, n.696, anche per violazione dell'art.15 del D.P.R. 31 agosto 1972, n.670, e dell'art.5 del D.P.R. 31.7.1978, n.1017;
- b) di dare atto che il presente provvedimento non comporta alcun impegno di spesa;
- c) di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale, affinché venga sottoposto per la ratifica al Consiglio stesso, nella sua prima riunione successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'art.54, n.7 del D.P.R. 31.6.1972, n.670.

Nach Einsichtnahme in den Beschluß Nr. 4 vom 9.1.1984;

erachtet, daß Art.1 des Gesetzes Nr.696 vom 19.12.1983, beinhaltend "Bestimmungen zur Förderung der Industrieproduktion der Klein- und Mittelbetriebe und über die außerordentliche Verwaltung von Krisenbetrieben", veröffentlicht im Gesetzesanzeiger der Republik Nr.348 vom 21. Dezember 1983, außerdem wegen Verletzung des Art.15 des Autonomiestatutes für die Region Trentino-Südtirol, gemäß dem mit D.P.R. Nr.670 vom 31.8.1972 genehmigten Einheitstext, und wegen Verletzung des Art.5 des D.P.R. Nr.1017 vom 31.7.1978, betreffend Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut für die Region Trentino-Südtirol im Bereich der Industrieförderung, gesetzeswidrig sei, da er die direkte Zuweisung an die autonome Provinz Bozen, nach Anhören derselben, der der Provinz zustehenden Finanzierungsquote ausschließt, welche im Verhältnis zu den Ausgaben des Staates für dessen Maßnahmen auf dem betreffenden Sachgebiet bei der Festsetzung des veränderlichen Anteiles nach Art.78 des obgenannten D.P.R.Nr.670 von 1972 anzugeben ist;

folglich für zweckmäßig erachtet, das obgenannte Gesetz auch aus diesen Gründen anzufechten;

nach Einsichtnahme in die Artikel 98 des D.P.R.Nr.670 vom 31.8.1972 und 32 des Gesetzes Nr.87 vom 11.3.1953;

nach Einsichtnahme in den Art.54, Punkt 7, des D.P.R. Nr.670 vom 31.8.1972;

b e s c h l i e ß t

der Landesausschuß mit Stimmeneinhelligkeit:

- a) den Beschluß Nr.4 vom 9.1.1984 zur Gänze zu bestätigen und das Gesetz Nr.696 vom 19.12.1983 auch wegen Verletzung des Art.15 des D.P.R. Nr.670 vom 31.August 1972 und des Art.5 des D.P.R.Nr.1017 vom 31.7.1978 anzufechten;*
- b) die gegenständliche Maßnahme bringt keine Ausgabenzweckbindung mit sich;*
- c) eine Abschrift des gegenständlichen Beschlusses an den Präsidenten des Südtiroler Landtages zu übermitteln, damit derselbe dem Landtag in der ersten darauffolgenden Sitzung gemäß und für die Wirkungen des Art.54, Nr.7 des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr.670, ratifiziert werde.*

I consiglieri sono pregati di intervenire complessivamente sul punto n.15 e n.16, data l'omogeneità degli argomenti in trattazione.

Chi chiede la parola? La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Data l'omogeneità della trattazione vuol dire che è per mantenere l'omogeneità del trattamento che si è affidato allo studio dell'avv.Guarino a Roma la pratica di difesa o per caso questa volta la Giunta ha inteso in qualche modo valorizzare uno studio legale che mi pare abbia a cura le sorti dei problemi della Provincia di Bolzano? E deve farlo in modo eccezionale tant'è che non si riesce mai a trovare un altro studio a Roma che possa trattare i nostri problemi.

PRESIDENTE: Non è di mia competenza questa risposta, ma penso che il consigliere Mitolo avesse già la risposta in testa nel momento stesso in cui poneva il suo quesito. Chi chiede ancora la parola? Nessuno.

Metto in votazione il punto n.15: approvato a maggioranza con un'astensione.

Metto in votazione il punto n.16: approvato a maggioranza con un'astensione.

Punto 17) all'ordine del giorno: "Deliberazione della Giunta provinciale n.174 del 16.1.1984: Corte Costituzionale - Impugnazione degli articoli 25, secondo e terzo comma, 27, primo e ultimo comma, e 29 della legge 27.12.1983, n.730, recante "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria 1984)" - Conferimento d'incarico all'avv.Giuseppe Guarino di Roma (Lire 600.000)".

Punkt 17 der Tagesordnung: "Beschluß des Landesausschusses Nr.174 vom 16.1.1984: Verfassungsgerichtshof - Anfechtung der Artikel 25, zweiter und dritter Absatz, 27, erster und letzter Absatz, und 29 des Gesetzes Nr.730 vom 27.12.1983, beinhaltend "Bestimmungen zur Erstellung des einjährigen und mehrjährigen Staatshaushaltes (Finanzgesetz 1984)" - Auftragserteilung an Adv.Prof. Giuseppe Guarino aus Rom (Lire 600.000)."

Leggo la relazione accompagnatoria:

Ratifica della delibera della Giunta provinciale n.174 del 16 gennaio 1984 concernente: "Corte Costituzionale - Impugnazione degli artt.25, secondo e terzo comma, 27, primo ed ultimo comma, e 29 della legge 27 dicembre 1983, n.730, recante "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria 1984)".

Gli artt. 25, 27 e 29 della legge finanziaria dello Stato 1984 del 27 dicembre 1983, n.730, disciplinano il finanziamento del servizio sanitario nazionale. L'art.80, primo comma, ultimo periodo della legge del 23 dicembre 1978, n.833, concernente il servizio sanitario nazionale disponeva che per il finanziamento relativo alle materie del servizio sanitario nazionale per le due Province autonome Bolzano e Trento si applicasse il parametro previsto dall'art.78 dello Statuto di autonomia. L'ultimo comma dell'art.27 della legge finanziaria statale citata n.730 del 1983 dispone l'abrogazione di questa disposizione della legge n.833 del 1978. Di conseguenza per la ripartizione del fondo sanitario nazionale non sarebbe più applicabile il parametro di cui all'art.78 dello Statuto di autonomia, favorevole alla Provincia autonoma di Bolzano.

In base all'art.9, punto 10, dello Statuto di autonomia, approvato con D.P.R. del 31.8.1972, n.670, la Provincia autonoma di Bolzano è dotata di potestà legislativa autonoma in materia di igiene e sanità, ivi compresa l'assistenza sanitaria ed ospedaliera. Perciò si tratta di materia di competenza provinciale. Di conseguenza non sussistono dubbi che riguardo alla ripartizione di finanziamenti generali dello Stato per queste materie venga applicato il parametro previsto dall'art.78 dello Statuto di autonomia. Ne deriva la necessità di impugnare l'ultimo comma dell'art.27 della citata legge statale n.730 del 1983 dinanzi alla Corte Costituzionale.

L'art.25, secondo comma, della citata legge n.730 del 1983 prevede l'utilizzo dei mezzi finanziari da parte delle Unità Sanitarie Locali secondo destinazioni rigidamente predeterminate. Per questo viola le competenze della Provincia autonoma di Bolzano in materia di igiene, sanità ed enti locali (artt.9, n.10, 16, e 54, n.7, del D.P.R. n.670 del 1972 e relative norme di attuazione). Soprattutto in base all'art.78 dello Statuto di autonomia la Provincia autonoma di Bolzano è libera di decidere sull'utilizzo dei mezzi assegnati.

L'art. 25, terzo comma, della legge statale citata n.730 obbliga la Provincia autonoma di Bolzano ad istituire una contabilità separata qualora con legge provinciale vengano concesse ulteriori prestazioni di assistenza sanitaria. La disposizione citata viola le competenze della Provincia in materia di igiene e sanità.

L'art.29 della citata legge n.730 del 1983 obbliga la Provincia autonoma di Bolzano a ripianare il disavanzo delle Unità Sanitarie Locali e prevede anche la regolamentazione del conguaglio finanziario. Anche questa disposizione viola le competenze della Provincia in materia di igiene

e sanità, nonché di vigilanza sugli enti locali, in base agli artt. 9, n. 10, 16, e 54, n. 5, del D.P.R. n. 670 del 1972 e relative norme di attuazione.

Sulla base di queste considerazioni risulta necessario impugnare anche le suddette norme dinanzi alla Corte Costituzionale.

Ratifizierung des Landesauschußbeschlusses Nr. 174 vom 16. Jänner 1984, betreffend: "Verfassungsgerichtshof - Anfechtung der Art. 25, zweiter und dritter Absatz, 27, erster und letzter Absatz, und 29 des Staatsgesetzes vom 27. Dezember 1983, Nr. 730", beinhaltend "Bestimmungen zur Erstellung des einjährigen und mehrjährigen Staatshaushaltes (Finanzgesetz 1984)".

Die Artikel 25, 27 und 29 des staatlichen Finanzgesetzes 1984 vom 27. Dezember 1983, Nr. 730, regeln die Finanzierung des gesamtstaatlichen Sanitätsdienstes. Der Art. 80, erster Absatz, letzter Satz, des Staatsgesetzes Nr. 833 vom 23. Dezember 1978 über den gesamtstaatlichen Sanitätsdienst bestimmte, daß für die Finanzierung der Sachbereiche des gesamtstaatlichen Sanitätsdienstes für die beiden autonomen Provinzen Bozen und Trient der im Art. 78 des Autonomiestatutes vorgesehene Parameter Anwendung findet. Der letzte Absatz des Art. 27 des obgenannten staatlichen Finanzgesetzes Nr. 730 von 1983 setzt jedoch diese Bestimmung des Staatsgesetzes Nr. 833 von 1978 außer Kraft. Somit würde bei der Aufteilung der Mittel des gesamtstaatlichen Sanitätsfondes nicht mehr der für die autonome Provinz Bozen günstige Aufteilungsschlüssel gemäß Art. 78 des Autonomiestatutes Anwendung finden.

In den Sachbereichen Gesundheitswesen und Hygiene, einschließlich der Gesundheits- und Krankenhausfürsorge, hat die autonome Provinz Bozen aufgrund des Art. 9, Punkt 10, des mit D.P.R. Nr. 670, vom 31.8.1972 genehmigten Autonomiestatutes eigene Gesetzgebungsbefugnis und somit handelt es sich um Sachbereiche von Landeszuständigkeit. Infolgedessen besteht kein Zweifel, daß bei der Aufteilung von allgemeinen Aufwendungen des Staates für diese Bereiche der im Art. 78 des Autonomiestatutes vorgesehene Aufteilungsschlüssel Anwendung findet. Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, den letzten Absatz des Art. 27 des obgenannten Staatsgesetzes Nr. 730 von 1983 vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Der Art. 25, zweiter Absatz, des genannten Gesetzes Nr. 730 von 1983 sieht die Verwendung der Geldmittel durch die Sanitätseinheiten für rigoros festgelegte Zweckbestimmungen vor und verletzt insofern die Zuständigkeiten der autonomen Provinz Bozen in den Sachbereichen Hygiene, Gesundheitswesen und lokale Körperschaften (Art. 9, Nr. 10, 16, und 54, Nr. 7, des D.P.R. Nr. 670 von 1972 und entsprechende Durchführungsbestimmungen). Vor allem aufgrund des Art. 78 des Autonomiestatutes steht es der autonomen Provinz Bozen frei, über die Verwendung der zugewiesenen Mittel zu bestimmen.

Der Art. 25, dritter Absatz, des genannten Staatsgesetzes Nr. 730 schreibt auch der autonomen Provinz Bozen vor, eine getrennte Buchhaltung

für den Fall einzuführen, daß mit Landesgesetz zusätzliche Krankenfürsorgeleistungen gewährt werden. Die genannte Bestimmung verletzt die Zuständigkeiten des Landes im Bereich der Hygiene und des Gesundheitswesens.

Der Art.29 des genannten Gesetzes Nr.730 von 1983 schreibt der autonomen Provinz Bozen vor, für den Finanzausgleich der Sanitätseinheit zu sorgen und beinhaltet auch die Regelung des Finanzausgleiches. Auch diese Bestimmung verletzt die Zuständigkeiten des Landes im Bereich der Hygiene und des Gesundheitswesens sowie der Aufsicht über die Lokalkörperschaften, und zwar gemäß den Art.9, Nr.10, 16, und 54, Nr5, des D.P.R. Nr.670 von 1972 und entsprechende Durchführungsbestimmungen.

Es ergibt sich somit die Notwendigkeit, auch die obgenannten Bestimmungen vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Delibera della Giunta provinciale n.174 del 16 gennaio 1984:

Vista la legge 27 dicembre 1983, n.730, recante "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria 1984)", pubblicata nel supplemento ordinario n.1 alla Gazzetta Ufficiale della Repubblica n.354 del 28.12.1983;

considerato che l'art.78 dello Statuto speciale di autonomia per la Regione Trentino-Alto Adige, nel testo unico approvato con D.P.R. 31.8.1972, n.670, prevedendo un particolare sistema per il finanziamento della Provincia autonoma di Bolzano, dispone che nella determinazione della quota variabile sarà tenuto conto - in base ai parametri della popolazione e del territorio - anche delle spese per gli interventi generali dello Stato disposti nella restante parte del territorio nazionale negli stessi settori di competenza della Provincia autonoma di Bolzano;

considerato che l'art.80, primo comma, ultimo periodo, della legge 23.12.1978, n.833, concernente "Istituzione del servizio sanitario nazionale", prevedeva che per il finanziamento relativo alle materie della legge medesima nelle due Province si applica quanto disposto dall'art.78 del succitato D.P.R. n.670 del 1972 e relativi parametri;

considerato che la Provincia autonoma di Bolzano, in base agli articoli 9, punto 10, e 16 del D.P.R. 31.8.1972, n.670, e delle relative norme di attuazione è dotata di potestà legislativa e amministrativa, in materia di igiene e sanità, ivi comprese l'assistenza sanitaria e ospedaliera;

ritenuto che l'art.27, ultimo comma e primo comma, della citata legge n.730 del 1983, nella parte in cui prevede l'abrogazione del suindicato terzo periodo del primo comma dell'art.80 della legge n.833 del 1978 e la conseguente ripartizione del fondo sanitario nazionale sulla base, di determinati criteri, senza tener conto delle disposizioni contenute nell'art.78 del D.P.R. n.670 del 1972 per il finanziamento della Provincia autonoma di Bolzano relativo alle materie in questione, sia illegittimo per contrasto con gli articoli 78, 9, n.10, e 16 del D.P.R. n.670 del 1972 e relative norme di attuazione;

ritenuto che l'art.25, secondo comma, della legge n.730 del 1983, nella parte in cui prevede l'utilizzazione di somme da parte delle Unità Sanitarie Locali e la Provincia autonoma di Bolzano secondo destinazione rigide e predeterminate, violi le competenze della Provincia medesima in materia di igiene e sanità e enti locali, e di cui agli articoli 9, n.10, 16, e 54, n.7, del D.P.R. n.670 del 1972, e relative norme di attuazione;

ritenuto che l'art.25, terzo comma, ultimo periodo della legge n.730 del 1983, facendo obbligo alla Provincia autonoma di Bolzano di instaurare una contabilità separata nel caso voglia avvalersi della facoltà prevista dallo stesso comma, violi le competenze della stessa in materia di ordinamento degli uffici e di cui agli articoli 8, n.1, 9, n.10, e 16 del D.P.R. n.670 del 1972, e relative norme di attuazione;

ritenuto che l'art.29 della legge n.730 del 1983 nella parte in cui prevede il ripianamento del disavanzo delle Unità Sanitarie Locali anche da parte della Provincia autonoma di Bolzano, sia illegittimo per violazione delle competenze spettanti alla Provincia medesima in materia di igiene e sanità e vigilanza sugli enti locali ai sensi degli articoli 9, n.10, 16 e 54, n.5, del D.P.R. n.670 del 1972, e relative norme di attuazione approvate con D.P.R. 28.3.1975, n.473, D.P.R. 28.3.1975, n.474, e D.P.R. 26.1.1980, n.197;

ritenuto necessario di dover impugnare le suindicate disposizioni della legge 27.12.1983, n.730, dinanzi alla Corte Costituzionale e di avvalersi, stante l'urgenza del caso, del potere di cui all'art.54, n.7, del D.P.R. 31.8.1973, n.670;

visti gli articoli 98 del D.P.R. 31.8.1972, n.670, e 32, 34 e 36 della legge 11.3.1953, n.87;

la Giunta provinciale, ad unanimità di voti

d e l i b e r a:

- a) di impugnare davanti alla Corte Costituzionale gli articoli 25, secondo e terzo comma, ultimo periodo; 27, primo e ultimo comma; e 29 della legge 27 dicembre 1983, n.730, recante "Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria)", per violazione degli articoli 8, n.1, 9, n.10, 16, 54, n.5; e 78 del D.P.R. 31.8.1972, n.670, e relative norme di attuazione, e di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a proporre il relativo ricorso;
- b) di affidare la rappresentanza e difesa della Provincia autonoma di Bolzano nel relativo procedimento al Prof. Avv. Giuseppe Guarino di Roma, e di eleggere domicilio presso lo stesso in Roma, Piazza Borghese 3;
- c) di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a rilasciare al sunnominato professionista le occorrenti procure;
- d) di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale, affinché venga sottoposto per la ratifica al Consiglio stesso, nella sua prima riunione successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 54, n.7, del D.P.R. 31.8.1972, n.670;

- e) di liquidare in favore del Prof. Avv. Giuseppe Guarino l'importo di lire 600.000 comprensivo di I.V.A. e C.A.P. a titolo di acconto per spese legali e di impegnare la relativa spesa sul capitolo 12186 del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario in corso;
- f) di riservare ad altro provvedimento la liquidazione definitiva delle spese, competenze ed onorari in favore del Prof. Avv. Giuseppe Guarino di Roma.

Nach Einsichtnahme in das Gesetz vom 27. Dezember 1983, Nr. 730, beinhaltend "Bestimmungen zur Erstellung des einjährigen und mehrjährigen Staatshaushaltes (Finanzgesetz 1984)", veröffentlicht im ordentlichen Beiblatt Nr.1 vom Gesetzesanzeiger der Republik Nr.354 vom 28.12.1983;

in der Erwägung, daß der Art.78 des Autonomiestatutes für die Region Trentino-Südtirol, in der mit D.P.R. Nr.670 vom 31.8.1972 genehmigten Fassung, welcher ein besonderes Finanzierungssystem für die autonome Provinz Bozen vorsieht, bestimmt, daß bei der Festsetzung des veränderlichen Anteiles - auf der Bemessungsgrundlage von Bevölkerung und Fläche - auch die Ausgaben für die allgemeinen Aufwendungen des Staates, die im übrigen Teil des Staatsgebietes auf den Sachgebieten von Landeszuständigkeit verfügt werden, berücksichtigt werden;

in der Erwägung, daß Art.80, erster Absatz, letzter Satz, des Gesetzes Nr.833 vom 23.12.1978, betreffend "Errichtung des gesamtstaatlichen Sanitätsdienstes" vorsah, daß für die Finanzierung der Sachbereiche dieses Gesetzes für die beiden Provinzen die Bestimmung des Art.78 und die dazugehörigen Parameter des obgenannten D.P.R. Nr.670 von 1972 angewandt wurden;

in der Erwägung, daß die autonome Provinz Bozen, aufgrund der Artikel 9, Punkt 10; und 16 des D.P.R. Nr.670 vom 31.8.1972 und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis im Bereich der Hygiene und des Gesundheitswesens, einschließlich der Gesundheits- und Krankenfürsorge, besitzt;

erachtet, daß der Art.27, letzter und erster Absatz, des obgenannten Gesetzes Nr.730 von 1983, soweit er die Aufhebung des obgenannten letzten Satzes des ersten Absatzes des Art. 80 des Gesetzes 833 von 1978 und die entsprechende Aufteilung des gesamtstaatlichen Sanitätsfonds aufgrund von bestimmten Kriterien vorsieht, ohne die im Art.78 des D.P.R. Nr.670 von 1972 enthaltenen Bestimmungen über die Finanzierung der autonomen Provinz Bozen in den entsprechenden Bereichen zu berücksichtigen, in Widerspruch zu den Artikeln 78; 9, Nr.10; und 16 des D.P.R. Nr.670 von 1972 und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen stehe und somit gesetzeswidrig sei;

erachtet, daß Art.25, zweiter Absatz, des Gesetzes Nr.730 von 1983, inwieweit er die Verwendung von Geldmitteln durch die Sanitätseinheiten und für rigoros festgelegte Zweckbestimmungen vorsieht, die Zuständigkeiten der Provinz im Bereich der Hygiene und des Gesundheitswesens und der Lokalkörperschaften, und zwar gemäß den Artikeln 9, Nr.10; 16; und 54,

Nr.7, des D.P.R. Nr.670 von 1972 und entsprechenden Durchführungsbestimmungen, verletze;

erachtet, daß Art.25, dritter Absatz, letzter Satz, des Gesetzes Nr.730 von 1983, welcher der autonomen Provinz Bozen vorschreibt, eine getrennte Buchhaltung für den Fall einzuführen, daß sie sich der in diesem Absatz vorgesehenen Befugnis bedienen wolle, die Zuständigkeiten der Provinz in den Bereichen Ämterordnung, Hygiene und Gesundheitswesen, und zwar gemäß den Artikeln 8, Nr.1; 9, Nr.10; und 16 des D.P.R. Nr.670 von 1972 und entsprechenden Durchführungsbestimmungen, verletze;

erachtet, daß der Art.29 des Gesetzes Nr.730 von 1983, inwieweit er den Finanzausgleich der Sanitätseinheiten auch durch die autonome Provinz Bozen vorsieht, wegen Verletzung der Zuständigkeiten der Provinz im Bereich der Hygiene und des Gesundheitswesens sowie der Aufsicht über die Lokalkörperschaften, gemäß der Art.9, Nr.10; 16 und 54, Nr.5, des D.P.R. Nr.670 von 1972 und entsprechenden Durchführungsbestimmungen, genehmigt mit D.P.R. vom 28.3.1975, Nr.473; D.P.R. vom 28.3.1975, Nr.474; und D.P.R. vom 26.1.1980, Nr.197, gesetzeswidrig sei;

nach Einsichtnahme in die Artikel 98 des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr.670, und 32, 34 und 36 des Gesetzes vom 11.3.1953, Nr.87;

für notwendig erachtet, die obgenannten Bestimmungen des Gesetzes vom 27.12.1983, Nr.730, vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten und, angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit, sich der im Art.54, Nr.7, des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr.670, vorgesehenen Befugnis zu bedienen;

b e s c h l i e ß t

der Landesausschuß mit Stimmeneinhelligkeit:

- a) vor dem Verfassungsgerichtshof die Artikel 25, zweiter und dritter Absatz, letzter Satz; 27, erster und letzter Absatz; und 29 des Gesetzes vom 27. Dezember 1983, Nr. 730, beinhaltend "Bestimmungen zur Erstellung des einjährigen und mehrjährigen Staatshaushaltes (Finanzgesetz 1984)", wegen Verletzung der Artikel 8, Nr.1; 9, Nr.10; 16; 54, Nr.5; und 78 des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr.670, und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen anzufechten und den Landeshauptmann zu ermächtigen, den entsprechenden Rekurs einzubringen;
- b) mit der Vertretung und Verteidigung der autonomen Provinz Bozen im entsprechenden Verfahren den Adv.Prof.Giuseppe Guarino aus Rom zu beauftragen und bei diesem in Rom, Piazza Borghese Nr.3, das Domizil zu erwählen;
- c) den Landeshauptmann zu ermächtigen, dem obgenannten Freiberufler die nötigen Vollmachten zu erteilen;
- d) eine Abschrift des gegenständlichen Beschlusses an den Präsidenten des Südtiroler Landtages zu übermitteln, damit derselbe dem Landtag in der ersten darauffolgenden Sitzung gemäß und für die Wirkungen des Art.54, Nr.7, des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr.670, zur Ratifizierung vorgelegt wird;
- e) zugunsten des Adv. Prof. Giuseppe Guarino den Betrag von Lire 600.000 inbegriffen M.W.S.T. und P.K.B als Anzahlung für Anwaltsspesen zu liquidieren und den entsprechenden Betrag dem Kapitel 12186 des Haushaltsvoranschlages für das laufende Finanzjahr anzulasten;

f) die endgültige Liquidierung der Spesen, Gebühren und Honorare zugunsten des Adv.Prof.Giuseppe Guarino aus Rom mit einer späteren Maßnahme vorzunehmen.

La parola alla signora Gebert-Deeg.

GEBERT-DEEG (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Sowohl im Bericht als auch im beschließenden Teil sind sehr klar die Zuständigkeitsbereiche und die Gesetze zitiert, die die Grundlage für die Anfechtung der Artikel im Finanzgesetz des Staates sind.

Es wird hingewiesen, daß mit dem Autonomiestatut in den Art. 9 und 78 sowohl die Zuständigkeitsbereiche des Landes im Rahmen des Gesundheitswesens festgehalten sind als auch im Art.78 die Finanzierungsmodalitäten, wobei im Statut nur eine Ausnahmebestimmung für die Industriemittel vorgesehen ist.

Das Autonomiestatut war auch die Grundlage, daß im Jahre 1978 mit der Verabschiedung des Sanitätsreformgesetzes im Art.80 ganz klar die Inhalte des Art. 9 und 78 des Sonderstatutes widerspiegeln. Das Gesetz hat den Sichtvermerk bekommen auch mit dem Art.80. Der Art.80 spricht ganz klar für die Finanzierung der Sachbereiche gemäß diesem Gesetz. Gemäß Gesetz Sanitätsreform werden für die beiden Provinzen die Bestimmungen des Art.78 und die dazugehörigen Parameter des genannten D.P.R.Nr.670 vom 31. August 1972 angewandt. Dieser Artikel hat auch den Ausschlag gegeben, daß die Parlamentarier der SVP in Rom dem Reformgesetz die Zustimmung gegeben haben, weil damit eine Garantie gegeben ist, daß das Land die Politik im Gesundheitsbereich auch autonomiegerecht gestalten können soll. Hier ist also der Proporz, die Zweisprachigkeit und die Finanzierung ganz klar mit Gesetz aufgenommen.

Nun hat der Staat in diesen Jahren nicht immer diesen Art.78 voll respektiert und wir haben ja auch in diesem Landtag erlebt, daß Beschlüsse anträge verfaßt wurden, die auf das Recht der Inanspruchnahme der Zuwendungen laut Art.78 beharren. Das Finanzierungsgesetz des Staates nun, ich lese nur einen Passus vor, geht kurzerhand her und schafft diesen Art.78 ab, indem er sagt: "Il terzo periodo del primo comma del art.80 della legge 23.12.1978 é abrogato."

Die politischen Vertreter der SVP in Rom, unsere Parlamentarier und Senatoren, haben auch in Abänderungsanträgen dieses Format für die Streichung vorgeschlagen. Es ist nicht zur Mehrheit gekommen und daher ist das Land verpflichtet, dieses Gesetz und diese Absätze anzufechten. Die restlichen Artikel oder Absätze beinhalten ebenso Maßnahmen, die die Autonomiebefugnisse treffen. Wir haben in Anwendung des Autonomiestatutes bereits das Regionalgesetz so verfaßt, daß die Kompetenz des Gesundheitsbereiches Kompetenz der Regionen bzw. der Länder ist. Während anderswo der Staat sich die Kompetenz des Gesundheitswesens behalten hat und sie direkt den Gemeiden übertragen hat, haben wir festgehalten, im Regionalgesetz, aber auch im Landesgesetz, daß das Land der Inhaber des Sachbe-

reiches des Gesundheitswesens ist. Wenn aber diese Kommas in Kraft bleiben, dann wird die Zuständigkeit grundlegender Regional- und Landesgesetze angebrochen und geschmälert.

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ERICH ACHMÜLLER

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab: mit einer Stimmenthaltungen genehmigt.

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 12.10 UHR